Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

München, 10. Mai: 40000 gehen auf die Straße für Grund- und Bürgerrechte gegen das Polizeiaufgabengesetz der Bayerischen Staatsregierung

- **Krise in Italien: Einige Bemerkungen zu einer Situation, wie es sie noch nie gegeben hat**
- **Solidarische Einwanderungsgesellschaft – Linke, praktische Diskussionsprozesse organisieren**
- **Bauarbeitermigration und Gangmasters in Großbritannien**
- **Rechtspopulismus und AfD: Argumente und Handlungsempfehlungen**
- **Kalenderblatt: Großbritannien, 10. Oktober 1903, Gründung der WSPU – Die soziale und politische Union der britischen Frauen**

Beilage: „Tagungsbericht Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik, Jahrestreffen 2018 – 13./14. Mai“

Ausgabe Nr. 6 am 7. Juni 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

US-Import-Sonderzölle – EU klagt bei der WTO

Christoph Cornides, Mannheim

Zum 1. Juni 2018 sind die Sonderzölle der USA auf Importe aus der EU von Stahl (25%) und Aluminium (10%) in Kraft getreten. Diese Importzölle für Stahl und Aluminium gelten auch für Kanada (den größten Stahllieferanten der USA) und Mexiko. Alle drei Länder bzw. Ländergruppen halten diese US-Maßnahme für „rechtswidrig".

Nach seinem Regierungsantritt hatte Trump den Außenhandel der USA auf „unfaire Handelsbeziehungen" aus Sicht der USA untersuchen lassen, also auf solche, bei denen produktbezogen die US-Importe größer sind als die Exporte. Zu angedrohten möglichen weiteren Maßnahmen der US-Regierung gehören daher auch Sonderzölle auf Kraftfahrzeug-Importe in die USA.

Das generelle Ziel der Erhebung von Sonderzöllen auf Importe in die USA ist – ganz unabhängig von der begleitenden Rhetorik Trumps – unschwer zu erkennen: Senkung des US-Handelsbilanzdefizits. (s. Grafik) Ob allerdings die Maßnahmen der Sonderzölle auf Importe, also de facto einer protektionistischen Schutzzollpolitik für US-amerikanische

Produkte, dazu geeignet sind, ist stark umstritten und zu bezweifeln. Der US-amerikanische Markt ist der größte Binnenmarkt der Welt. Zwischen den Restriktionen von Importen und einer relevanten Steigerung der Produktion und des Absatzes im Land und auf dem Weltmarkt von US-amerikanischen Produkten gibt es keinen unmittelbar zwingenden Zusammenhang.

Darüber hinaus wirft die Trump-Regierung der EU vor, eigene Handelshindernisse aufzubauen, z.B. in Sachen Datenschutz gegen Facebook und Google. Als offizielle, eher abenteuerliche Begründung für die Sonderzölle aber bemüht die US-Regierung die „nationale Sicherheit". Mit deren Bedrohung kann der Präsident Sondermaßnahmen wie diese Sonderzölle anordnen. Zugleich verfolgt die US-Regierung ihren Kurs des „Bilateralismus" auch auf diesem Feld, um die Position von kooperierenden Handelskontrahenten zu schwächen.

Die EU will gegen die US-Sonderzölle zweierlei Maßnahmen ergreifen. Zum einen die Durchsetzung von „Vergeltungszöllen". Die sollen auf Produkte wie Whiskey, Erdnussbutter, Motorräder, Jeans aber auch auf US-amerikanische Stahlerzeugnisse wie Schiffe und Boote erhoben werden.

Zum anderen will die EU vor der Welthandelsorganisation (WTO) klagen und gleichzeitig gegen die Verletzung von Urheberrechten durch China Klage erheben. Die WTO (World Trade Organization) mit Sitz in Genf, wurde 1995 gegründet. Sie löste das 1947 eingerichtete Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen „Gatt" (General Agreement on Tariffs and Trade) ab. Ein wesentlicher Grund für diese Ablösung war, dass der internationale Handel zunehmend auch Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte (Patente, Marken) umfasste.

Von derzeit 192 Ländern gehören 142 der WTO an. Ihre wirtschaftliche Reichweite ist bedeutend. Schon im November 1999 erreichte sie mit ihren damals 135 Mitgliedern 90 Prozent des Welthandels, inzwischen gehört auch China zur WTO. Die WTO hat verschiedene gemeinsame Institutionen und verbindende Vertragswerke. Sie schafft kein unmittelbar geltendes Recht in den Mitgliedstaaten, aber sie fördert die Entstehung von multilateralen Abkommen und überwacht das bestehende Vertragswerk zwischen den Staaten. Die WTO befasst sich neben den sog. „tarifären" Handelsbeschränkungen (Zölle) auch mit den „nicht-tarifären" Handelsbeschränkungen (z.B. umweltrechtlichen, gesundheitlichen, hygienischen Vorschriften). Deutschland bewegt sich also auf dünnem Eis mit der Beteiligung an der EU-Klage gegen US-amerikanische Zollpolitik, nachdem die deutsche Automobilindustrie „nicht-tarifäre" US-Normen unterlaufen und mit krimineller Energie auch mittels Betrug fortgesetzt Handelsüberschüsse eingefahren hat.

Die gegenwärtigen europäischen und internationalen Ungleichgewichte von Produktion, Produktivität, Waren- und Dienstleistungsverkehr, Kapital- und Finanztransfers führen auch zu politisch-rechtlichen Ausgleichsanforderungen. Dass die EU mit der Klage bei der WTO gemeinsame internationale Institutionen gegen einseitige Maßnahmen der Trump-Administration zur Klärung anruft, liegt nahe, beinhaltet aber auch die Bereitschaft zu neuen Vereinbarungen von Seiten der EU. Dabei werden die permanenten deutschen Handelsüberschüsse mit Sicherheit kaum außer Betracht bleiben.

Quellenhinweise: FAZ, Handelsblatt, Zeit 05/2018; Studie Ifo-Institut, „Konsequenzen einer protektionistischen Handelspolitik der USA".

EGÖD verklagt EU-Kommission

Hanne Reiner, Berlin

Im März 2015 kündigte die Europäische Kommission einen Neubeginn des sozialen Dialogs an. Bisher waren die Beschäftigten in den Zentralregierungen vom sozialen Dialog ausgeschlossen. Nach schwierigen, aber letztendlich erfolgreichen Konsultationen unterzeichneten der Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst* (EGÖD) und die Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI) mit dem Arbeitgeberverband EUPAE im Dezember 2015 ein Abkommen, das einen allgemeinen Rahmen gemeinsamer Mindeststandards für die Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten in den Zentralregierungen in Angelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen (z.B. Arbeitszeit, Gesundheit, Umstrukturierung), festlegt. Um wirksam zu werden, muss die Kommission

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

das Abkommen in eine Richtlinie zur Annahme im Europäischen Rat umsetzen.

Nach monatelanger Verzögerung teilte die Kommission mit, dass sie dem Rat keinen Vorschlag für eine Richtlinie vorlegen wird. Die Kommission sieht hier einen „Spielraum" für sich, den die Gewerkschaften verneinen. Aus diesem Grund beschloss das EGÖD-Exekutiv-Komitee im Mai, die Europäische Kommission zu verklagen. „Vier Monate nach der Verkündung der europäischen Säule sozialer Rechte hat die Kommission ihr eigenes Engagement für den sozialen Dialog und die Rechte auf Information und Konsultation untergraben", bedauerte der Generalsekretär des EGÖD, Jan Willem Goudriaan.

Quelle: https://www.epsu.org/ * Der EGÖD ist der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst und das größte Mitglied des EGB. Er vertritt 8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in mehr als 260 Gewerkschaften.

Brexit: Es gibt kaum Bereiche, die nicht betroffen sind

Eva Detscher, Karlsruhe

Bringt es Theresa May oder bringt sie es nicht? Theresa May könne den Brexit nicht durchführen, Micheal Gove solle neuer Premierminister werden – so Crispin Odey, ein Hedge-Fonds-Manager, der den Tories vor den letzten Wahlen 50 000 britische Pfund gespendet hatte. Die Regierung müsste weit kühner in den Verhandlungen mit der EU auftreten und solle sich ein Beispiel an der neuen populistischen Regierung in Italien nehmen. Er fordert die britische Regierung zum Bruch der EU-Verträge auf wie z.B. durch Abschluss von eigenen Handelsverträgen. Immer wieder flammt die Debatte um die Partei- und Regierungsführung auf – wenn sich jetzt ein Spender, der übrigens auch für UKIP gespendet hatte – in einem Interview mit der britischen Wochenzeitung „Observer" (3. Juni 2018) derart aufplustert, kommt das aber gar nicht gut an. Gove selbst – er war als Hardliner für den Brexit von Theresa May auf die Hinterbänke verwiesen, inzwischen aber wieder als Umweltminister nach vorne geholt worden – lässt über „nahestehende Quellen" hingegen verlauten, dass es lebenswichtig sei, hinter der Premierministerin zu stehen, um den 17,4 Millionen Menschen, die für den Brexit gestimmt haben, den Austritt aus der EU auch zu liefern.

Was wird aus der irischen Insel? Die neueste Idee kommt von David Davis, dem britischen Verhandlungsführer: Nordirland soll einen speziellen Status als eine EU-und-UK-gemeinsame Handelszone erhalten. Ein 10-Meilen-Puffer-Gebiet (man könnte auch sagen: Grenzstreifen) solle davon ausgenommen sein. Kein Mensch versteht das. Aber offensichtlich hat jetzt auch das britische Parlament akzeptiert, dass allein technologische Lösungen eine harte irische Grenze nicht verhindern können.

Europaweite Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung: Das sollte eines der am leichtesten zu lösenden Problemfelder sein – und jetzt kommt das Galileo-Satelliten-Projekt in die Quere: da kann Großbritannien nicht einfach weiter dabei sein, wenn es nicht mehr zur EU gehört. Die Rechten hetzen auf Frankreich, weil dort Einwände formuliert wurden.

Wissenschaft: Der „Guardian" hatte angeblich Einblick in ein EU-Dokument „Horizon 2020", wonach Staaten mit assoziiertem Status großzügigerer Zugang gewährt werden soll als GB. Der „Telegraph" macht Stimmung gegen „Brüssel": GB wird mehr zahlen müssen, um überhaupt an Horizon beteiligt zu sein, und wird dabei von einer großen Anzahl der Programme ausgeschlossen werden.

EU / Europa: Mentaler und faktischer Raum für die Lebensgestaltung: Seit dem Brexit-Referendum haben viele Briten, die über die EU verteilt leben und arbeiten, andere Staatsbürgerschaften in Staaten der EU beantragt – darauf wies u.a. der luxemburgische Premierminister hin. Das sei eine Abstimmung mit den Füßen für die faktische Zusammengehörigkeit, die zum Bestandteil des Denkens, Planen und Handelns auch britischer Bürger geworden sei. Replik von britischer Seite: „Wir haben das Votum zu respektieren." – Dass dies keine Antwort ist, weiß Davis selbst – wie GB und die EU aus dem gegenwärtigen Dilemma rauskommen, ist nach wie vor völlig offen.

Nächster EU-UK-Brexit-Gipfel ist jedenfalls noch im Juni.

Bayerischer Kreuzerlass

Martin Fochler, München, Alfred Küstler, Stuttgart

Am 1. Juni, einen Tag nach dem Fronleichnamsfest, trat der Kabinettsbeschluss in Kraft, nach dem im Eingangsbereich von Behörden des Freistaates Bayern ein Kreuz anzubringen ist. Das für die Durchführung zuständige Innenministerium lässt verlauten, dass Hochschuleinrichtungen, Museen und Theater von dieser Pflicht ausgenommen sind und der Erlass für Behörden des Bundes sowie für Gemeindeeinrichtungen sowieso nicht gilt. Auch seien Vollzugskontrollen nicht geplant. – Bislang nicht bekannt ist, ob bzw. welcher Kostenrahmen vorgegeben wurde. Kreuze gibt es in allen Größen, vom Monument bis zum Kleinod, und zu beliebigen Preisen. Arme Amtsleitungen! Größer und/oder teurer als das des Ministerpräsidenten wäre wohl falsch. Aber zu klein und billig? Und fragt die Buchhaltung: Unter welchem Konto ist diese Ausgabe zu buchen? Eine Ausgabenziffer für sakrale Gegenstände gibt es nicht. Was man sonst noch nehmen könnte, klingt alles irgendwie lästerlich: geringwertiges Wirtschaftsgut (bis 400 Euro), Einbauten oder Büromöblierung (ab 400 Euro). Am Ende muss noch eine europaweite Ausschreibung gemacht werden …

Oppositionspolitiker gehen davon aus, dass Söders Kreuzerlass verfassungsrechtlich nicht haltbar ist und nach den Wahlen untergehen wird. Die Ansage „Kontrolliert wird nicht" ist als Versuch erkennbar, einer rechtlichen Klärung auszuweichen. Söders Übergriff ist der Kritik der Theologie bereits verfallen und muss eine rechtliche Prüfung fürchten. Die Bewertung durch die Wählerschaft, wird sich im Oktober bei den Landtagswahlen herausstellen.

Krise in Italien: Einige Bemerkungen zu einer Situation, wie es sie noch nie gegeben hat

Paola Giaculli, Berlin, 28. Mai 2018, ergänzt am 3. Juni 2018

28.5.18 Keine Regierungsbildung möglich

Staatspräsident Mattarella hätte berechtigte Gründe gegen die Entstehung der 5-Sterne-Lega-Regierung gehabt, insbesondere die verfassungsbedenkliche Infragestellung der Steuerprogression und die Errichtung einer Art Sozialstaat als exklusives Privileg für italienische Staatsangehörige nach dem Lega-Motto „Italiener zuerst" (kostenlose Kita für italienische Familien, Bürgergeld von 780 Euro als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit und Armut NUR für Italiener*innen). Laut Umfragen unterstützten 60 Prozent der Befragten den Koalitionsvertrag, der unter anderem die partielle Rücknahme der inhumanen Rentenreform von 2011 und eine Mindestrente von 780 Euro, Maßnahmen gegen die Korruption, die Umsetzung der EU-Umweltpolitik (Kreislaufwirtschaft) und die Rekommunalisierung des Wassers vorsieht. Wegen der absurd anmutenden Mischung aus „sozialen" und unsolidarischen, fremdenfeindlichen Inhalten sowie versprochenen Steuersenkungen hätte der Vertrag (gefährlich) populär werden können.

Aber Mattarella hat ausgerechnet wegen der auch aus linker Sicht als berechtigt angesehenen Kritik an der EU-Währungs- und Fiskalpolitik seine Zustimmung verweigert, angeblich um die Ersparnisse der

italienischen Familien vor einem möglichen Euro-Austritt in Schutz zu nehmen. Er hat sich dabei auf die Reaktionen der Märkte und Investoren in seiner gestrigen (27.5.) Erklärung bezogen.

Pro oder contra Europa – es geht rund

Insbesondere galt seine Kritik dem Ökonomen Paolo Savona, der bereits in den 90er Jahren Minister einer „Experten-Regierung" (1993–94 unter Ministerpräsident Ciampi, ehemals Präsident der italienischen Zentralbank) und einer Berlusconi-Regierung (2005–06) war. In den letzten Jahren war Savona heftiger Kritiker der Euro-Konstruktion geworden. Kehrtwende am 27.2.: da hatte sich der Ökonom nicht nur zum Koalitionsvertrag, der keinen Euro-Austritt vorsieht, bekannt, sondern sogar eine „vollständige Umsetzung der Ziele des Maastrichter Vertrages und des Lissaboner Vertrages (z. B. wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt der EU)" mit geeigneten Instrumenten „angesichts der in den letzten Jahren entstandenen Probleme" gefordert. Dazu gehöre die Übernahme der Rolle einer Zentralbank durch die EZB zwecks Errichtung einer Währungsunion, die „unter Berücksichtigung der geopolitischen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte die Ziele der wirtschaftlichen Union verfolgt".

Laut 5-Sterne-Chef Di Maio seien auch andere Ministervorschläge als Savona gemacht worden, die aber ebenfalls abgelehnt wurden. Salvini von der Lega soll sich andererseits gegen die Ernennung des institutionell bewanderten und pragmatischen Lega-Abgeordneten Giancarlo Giorgetti (früherer und aktueller Fraktionschef) als Finanzminister gewehrt und auf Savona bestanden haben. Laut Stefano Feltri in der Tageszeitung Il Fatto Quotidiano sei Savona trotz seiner scharfen Töne gegen Deutschland in der Vergangenheit nicht so radikal wie viele andere Lega-Vertreter gewesen. Immerhin sei er Teil des Establishments und kein Amateur. Übrigens sei er aus anderen Gründen zu kritisieren (z.B. seiner Tätigkeit in Konzernen, die öffentliche Aufträge ohne Ausschreibung erhalten haben).

Der Koalitionsvertrag zu Europa

Nach Durchsickern eines ersten Entwurfs des Koalitionsvertrags war schlechte Stimmung wegen der Spekulationen zum Euro-Austritt. (Man erinnere sich nur an den Aufschrei allerorten: „Europafeindliche Koalition in Italien!"). Aber: die 5-Sterne haben in ihrem Wahlkampf und auch danach ausdrücklich einen Euro-Austritt immer wieder ausgeschlossen! Andererseits sprachen andere in der Lega weiterhin davon. In der endgültigen Fassung waren der Euro-Austritt und die Tilgung von 250 Milliarden Schulden kein Thema mehr. So steht im EU-Kapitel weiter: „Mit dem Willen zu einer Rückkehr zum ursprünglichen Ansatz, nach dem die europäischen Staaten für Frieden, Brüderlichkeit, Kooperation und Solidarität standen, halten wir es für notwendig, gemeinsam mit den EU-Partnern die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanz-Governance zu revidieren (Währungspolitik, Stabilitäts- und Wachstumspakt, Fiskalpakt, EMS, Verfahren gegen übermäßige makroökonomische Entwicklungen)".

Wer profitiert?

Salvini scheint auf Neuwahlen gesetzt zu haben, um die Stimmen der Mitte-Rechts-Wählerschaft auf sich zu konzentrieren. Di Maios Regierungsfähigkeit wurde in Frage gestellt, wobei dieser tatsächlich ein echtes Problem hat: einerseits seine Bereitschaft, mit der Lega zu paktieren, andererseits weil er – anders als Salvini – die Amtsenthebung des Staatspräsidenten gefordert hat.

Matarellas Entscheidung könnte vor allem die Lega stärken und Ressentiments weiter schüren. Die Lega scheint die einzige Gewinnerin der Krise zu sein. Matarellas Warnung vor der Reaktion der Märkte, käme Salvini als Wirtschaftsminister zum Zuge, wurde von der Lega so umgedeutet, dass nicht die italienische Wählerschaft, sondern die Finanzmärkte über die Zukunft Italiens entscheiden würden. Der britische Politologe Jan Zielonka warnt, dass dies ein Todesurteil für die Demokratie sei, „ganz egal unter welcher politischen Fahne es ausgesprochen wird". Nicht nur andere Politiker seien notwendig, sondern eine andere Politik.

Noch ist es nicht abzusehen, was nach einer erneuten, nicht gewählten, „Technokraten-Regierung" passieren wird. Ein ehemaliger Regierungsberater, Carlo Cottarelli, der so genannte „Sparkommissar" und ehemaliger Exekutivdirektor des IWF, hat am 28.5. den Auftrag von Mattarella erhalten, entweder eine parlamentarische Mehrheit für das Haushaltsgesetz bis Herbst zu finden (das hieße Neuwahlen Anfang 2019), oder im Fall fehlender Mehrheiten eine geschäftsführende Regierung bis zu Neuwahlen im Herbst zu führen.

3. Juni 2018: Erneuter Versuch

Nach einer abenteuerlichen Wendung hat sich Di Maio beim Staatspräsidenten wegen seiner Forderung nach dessen Amtsenthebung entschuldigt und Gesprächsbereitschaft signalisiert. Dann kam es wieder zu einer Vereinbarung mit Salvini, der eigentlich bereits Neuwahlen gefordert hatte. Innerhalb weniger Stunden wurde eine politische Regierung präsentiert. Cottarelli soll bereits eine Ministerliste in der Tasche gehabt haben, aber keine Fraktion, die seine mögliche Regierung unterstützt hätte. Mattarella zeigte sich zufrieden, dass der vorgeschlagene Finanzminister jetzt nicht mehr Savona hieße, sondern Giovanni Tria, der zwar kritisch gegenüber der EU-Finanzpolitik und Euro-Konstruktion ist, aber moderater auftritt als Savona. Cottarelli gab also nach, und Mattarella designierte den Juristen Giuseppe Conte als Regierungschef zum zweiten Mal innerhalb von acht Tagen. Am 1. Juni wurde die erste „populistische" Regierung „des Wandels" in Italien vereidigt. Paradoxerweise fallen insbesondere „Establishment-Minister" an wichtigen Posten auf. Der Ökonom Tria, der Finanzminister, arbeitete an einem früheren Wirtschaftsprogramm der Berlusconi-Partei Forza Italia mit, unterstützt Steuersenkungen und Mehrwertsteuererhöhung. Außenminister Moavero Milanesi war bereits zweimal EU-Minister in der Regierung Monti und Letta und gilt als Garantie für Staatspräsidenten Mattarella. Deswegen hat dieser vielleicht nichts gegen Savona als EU-Minister (ohne Befugnisse) gehabt, obwohl der Vorgang eigentlich schon erstaunlich ist. Es gibt zwei Vize-Premiers: Salvini (Innenminister) und Di Maio (Arbeits- und Wirtschaftsminister). Zu vermuten ist es, dass Premier Conte „der Diener zweier Herren" (The Economist) sein wird. Besonders beklemmend ist Salvini als Innenminister und sein Parteifreund Fontana – ein Politiker identitärer Prägung – als Familien-und-Behinderten-Minister. Leider hatte bereits Salvinis Vorgänger Minniti (PD) das Asylrecht verfassungsbedenklich verschärft, Maßnahmen gegen Rettungsorganisationen beschlossen, gegen den Rechtsextremismus kaum gehandelt. Außerdem hat er die libysche Küstenwache und dubiose Milizen ausgerüstet, damit die Flüchtlinge zurück in die Lager zurückgebracht werden bzw. nicht daraus fliehen können. Der Partito democratico (PD) hat gegen die Regierung der „neuen Barbaren" gewettert, aber nicht nur nichts dagegen unternommen, sondern durch ihre Weigerung, mit den 5 Sternen zusammenzuarbeiten und in der Pattsituation nach den Wahlen politisch Initiative zu ergreifen, mit beigetragen zur aktuellen Lage.

Die neue Regierung in Italien hat keine bedeutende, keine glaubwürdige Opposition. Neuwahlen hätten vermutlich Salvini gestärkt. In einer Umfrage vom 2. Juni liegt die Lega bei 28,5 Prozent (4. März: 17,5) und die 5 Sterne auf 30,1 (von 32,5). Die linksorientierte 5-Sterne-Wählerschaft scheint eher paralysiert und hilflos zu sein.

Wahlen in der Türkei: Das Ergebnis der HDP entscheidet

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Am 24. Juni finden die vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei statt. In Deutschland können die Wahlberechtigten vom 7. bis 19. Juni in den Konsulaten ihre Stimmen abgeben. Den Wahlen kommt eine hohe Bedeutung zu, sie entscheiden unter anderem über den Fortgang des Angriffskrieges gegen Syrien und den Irak und Krieg oder Frieden in den kurdischen Gebieten der Türkei.

Nach den derzeitigen Wahlumfragen zeichnet sich folgendes Bild ab:

Bei den Präsidentschaftswahlen erhält Recep Erdogan 42 % (Kandidat der AKP, MHP und BBP), Muharrem Ince (CHP) 22,5 %, Meral Aksem (Iyi Partei) 19 %, Selahattin Dermitas 8 bis 13 %. Damit wäre ein zweiter Wahlgang am 8. Juli nötig, dessen Ausgang auch knapp würde.

Bei den Parlamentswahlen könnte die regierende AKP/MHP, die zusammen mit der rechtsnationalen-islamistischen BBP als Volksallianz antreten, die parlamentarische Mehrheit von 301 Sitzen verfehlen. Die Umfragen sagen für AKP-MHP-BBP 48 % voraus. Das nationalistisch-kemalistische „Bündnis der Nation" von CHP, Iyi Partei und Saadet Partei käme auf 40 bis 42 %, die HDP auf 10 bis 12 %.

Es besteht derzeit wohl eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass das derzeitige Regierungsbündnis die parlamentarische Mehrheit verliert, als dass Erdogan die Präsidentschaftswahl verlieren wird. Für diesen Fall hat Erdogan schon mit Neuwahlen gedroht, denn dann könnte das Parlament seine Entscheidungen revidieren. Die Verfassungsänderung, die das Präsidialregime in der Türkei einführt, tritt mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten in Kraft. Diese verbindet aber die Wahl von Präsident und Parlament. Würde Erdogan dann das Parlament auflösen, müsste er sich erneut zur Wahl stellen.

In beiden Wahlen hängt es also besonders von den Stimmen für Selahattin Demirtas und die HDP ab. Sollte die HDP unter 10 % bleiben, fallen die Stimmen zu ca. 90 Prozent der AKP zu und sie hat 54 bis 55 Abgeordnete mehr. Erreicht die HDP 10,5 %, macht das 65 bis 67 Abgeordnete aus. Dann hätte weder die Volksallianz noch das Bündnis der Nation eine Mehrheit im Parlament.

Entscheidend wird es auf die Auslandsstimmen ankommen. Von ihnen haben in den letzten Wahlen die AKP und die HDP profitiert. Die Auslandsstimmen werden anteilmäßig auf die Wahlkreise in der Türkei verteilt, was zu erheblichen Verschiebungen führt.

Beeinflusst werden die Wahlen auch durch die schlechte wirtschaftliche Situation der Menschen. Die Türkische Lira befindet sich auf einer rasanten Talfahrt, ca. 20 Prozent Verfall gegenüber Dollar oder Euro. Gleichzeitig haben sich die Lebensmittelpreise um bis zu 18 % verteuert. Das bedeutet, dass sich die soziale Lage drastisch verschlechtert und die Menschen selbst von einem durchschnittlichen Einkommen kaum über die Runden kommen. Erdogan sah sich genötigt aufzurufen, doch private Dollar- oder Eurobestände in Lira umzutauschen, um die Währung zu stützen.

Hinzu kommt, dass Hunderttausende im Zuge des Ausnahmezustands ihre Arbeit verloren haben. Sie wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen oder ihre Betriebe oder Einrichtungen wurden per Dekret zwangsgeschlossen.

Der UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad al-Hussein forderte im Mai die Türkei auf, den andauernden Ausnahmezustand sofort aufzuheben. Er verurteilte die anhaltenden Einschränkungen von Menschenrechten, Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit. „Es sei schwer vorstellbar, wie glaubwürdige Wahlen abgehalten werden könnten, wenn regierungskritische Meinungsäußerungen ‚schwer bestraft' würden, erklärte Hussein. Die Regierung müsse den Bürgern ermöglichen, ‚vollständig und auf Augenhöhe' an den Staatsangelegenheiten teilnehmen und sowohl wählen, als auch gewählt werden zu können." (spiegel-online, 9.5.)

Die AKP-MHP-Regierung versucht alles, um ihre mögliche Abwahl abzuwenden. So wurde eine ganze Reihe von Änderungen im Wahlgesetz beschlossen. Die gravierendsten betreffen die Eindeutigkeit der Stimmzettel und die Auszählung. Jetzt können Stimmzettel ohne Stempel als gültige Stimmen gewertet werden, was der Manipulation Tür und Tor öffnet. Die Auszählung soll zentral stattfinden, nicht wie bisher in den einzelnen Wahllokalen. Dagegen sind Klagen anhängig. Weiter ist in vielen Regionen nun der Einsatz bewaffneter Kräfte in den Wahllokalen erlaubt. Die Hohe Wahlkommission (YSK) hat die Möglichkeit zum Wählen für viele Menschen in den kurdischen Gebieten und Hochburgen der HDP eingeschränkt. Die Wahllokale wurden aus vielen Dörfern abgezogen und zentralisiert. In der Erklärung des YSK heißt es dazu: „Aus Sicherheitsgründen haben wir entschieden, die Urnen für 144.000 Wählern zu verlegen." (ANF, 30.5.)

In vielen kurdischen Städten ist der HDP von den Zwangsverwaltungen untersagt worden, mit Plakaten oder Fahnen öffentlich Wahlwerbung zu machen. In den Städten der Westtürkei und Ankara werden immer wieder Informationsstände der HDP angegriffen. Täglich werden HDP-Wahlkomitees und -Wahlhelfer verhaftet – nicht einzelne, sondern möglichst an einem Ort alle, deren man habhaft werden kann.

Die Linke ruft zur Wahl und zur Unterstützung ihrer Schwesterpartei HDP auf. Zur Wahlbeobachtung werden Abgeordnete der Linken aus Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament fahren. Die parlamentarische Versammlung des Europarats wird ebenfalls mit über 30 Abgeordneten die Wahlen beobachten.

Informationen über die Arbeit und mögliche Unterstützung können unter www.hdp-deutschland.org bezogen werden. Eine mögliche Unterstützungsaktion ist das Verschicken von Postkarten an Selahattin Dermitas in das Gefängnis von Edirne. Diese sind unter info@hdp-deutschland.org erhältlich.

Solidarische Einwanderungsgesellschaft – Linke, praktische Diskussionsprozesse organisieren

Christoph Cornides, Mannheim. Am 26. Mai führte der Landesverband der Linken Baden-Württemberg eine ganztägige Fachtagung zum Thema „Flucht, Asyl Migration – wie kommen wir zu einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft" mit rund 80 TeilnehmerInnen in Mannheim durch. Als TeilnehmerInnen und ReferentInnen vertreten waren Mitglieder der Linken Baden-Württemberg, VertreterInnen und Mitglieder von Organisationen und Initiativen aus der Flüchtlingsarbeit und MdBs der Linken Baden-Württemberg. Eine solche Tagung zu organisieren, hatte der letzte Landesparteitag im November 2017 beschlossen und zwar mit zwei Aufgabenstellungen: die Diskussion um die genannten Fragen in der Linken zu versachlichen und dabei die praktischen Aufgaben für die Linke und DIE LINKE stärker als bisher in den Vordergrund zu stellen. Zum Verlauf der Tagung siehe nachfolgenden Bericht.

Ja, natürlich, es gibt Streit und unterschiedliche Ansichten zu verschiedenen Handlungsgrundsätzen und Herangehensweisen an die praktischen Aufgaben, die die herrschende Politik und

die Lage der von Krieg, Krisen, Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit getroffenen Menschen an die Linke stellen.

Aber die Tagung konnte zeigen: die unterschiedlichen Grundansichten und Handlungsgrundsätze müssen sich auch in den Ergebnissen für linke Politik beweisen. Und: so groß können die Differenzen in der Sicht auf die Dinge und dem Blick auf die weiteren Ziele gar nicht sein, dass nicht ein großer, gemeinsamer, praktischer Handlungsraum bleibt, wo alle Mitglieder und aktiven Nichtmitglieder der Linken gefordert sind und tätig werden können.

Das haben nicht zuletzt die Beiträge von VertreterInnen aus der Flüchtlingsarbeit und von Initiativen und Bündnissen wie dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg gezeigt.

Christian Ratz, Kommunalinfo Mannheim

Die Partei Die Linke Baden-Württemberg veranstaltete am 26. Mai in Mannheim eine Fachtagung, die sich mit den Themen Flucht, Asyl und Migration beschäftigte. Nach Veranstalterangaben nahmen an der Konferenz rund 80 Parteimitglieder und weitere Personen aus unterschiedlichen Teilen des Bundeslandes teil.

In zwei Foren („Die Situation der Geflüchteten und Asylsuchenden“ – „Einwanderung in Deutschland“) wurde darüber diskutiert welche Handlungsmöglichkeiten in weiteren Gremien erarbeitet werden müssten. Impulsvorträge und eine abschließende Podiumsdiskussion ergänzten die Fachtagung.

Perspektiven von Einwanderung, Arbeitsplätze, Wohnen und Bildung

Gökay Akbulut (MdB und Stadträtin in Mannheim, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Bundestagsfraktion) begrüßte die TeilnehmerInnen der Fachtagung und stimmte auf den Konferenztag mit der Vorstellung des Programms ein.

Eine weitere Begrüßung und organisatorische Hinweise erfolgten durch Elli Brinkschulte (Kreissprecherin Mannheim).

Impulsvorträge stoßen auf großes Interesse

Zum Auftakt referierte Michel Brandt (MdB und Obmann im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestag) über Flucht- und Migrationsursachen und den Kampf um Frieden und Menschenrechte. Brandt berichtete über Fluchtursachen, die durch Lebensmittelspekulationen, Rohstoffausbeutung in Entwicklungsländern und durch Hunger- und Klimakatastrophen ausgelöst werden. Er kritisierte, dass beispielsweise ein Drittel der weltweiten Getreidemengen an der Börse in Genf zu Lasten von Kleinbauern in Armutsstaaten und ausschließlich zur Gewinnmaximierung einiger weniger Großkonzerne gehandelt werden. Als skandalös bezeichnet wurde es, dass europäische Lebensmittelkonzerne zur Befriedigung ihrer Kapitalinteressen Geflügel- und Schweinefleisch zu Dumpingpreisen in afrikanische Länder exportieren und damit lokale Märkte und Hersteller in den Ruin, in Armut und Hunger treiben. Bemängelt wurde, dass die Genfer Flüchtlings Konvention Hunger und Klimakatastrophen nach wie vor nicht als Fluchtursachen anerkennen. Kritik geübt wurde auch an Medien, die in Europa und Deutschland zu oft eine „Flüchtlingskrise“ herbei schreiben würden. Nach aktuellen Zahlen des UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen), so Michel Brandt, befinden sich derzeit weltweit ca. 66 Millionen Menschen auf der Flucht. 80 bis 90 Prozent der Geflüchteten sind sogenannte Binnenflüchtlinge bzw. fliehen in Nachbarländer. Von einer Flüchtlingskrise in Deutschland oder Europa zu sprechen sei daher vollkommen verfehlt. Vermutlich neu dürfte es für die meisten TagungsteilnehmerInnen gewesen sein zu hören, dass die USA und die EU den UN-Treaty boykottieren. Diese multilateralen Vereinbarungen der Vereinten Nationen sollen u.a. Lücken in bestehenden Gesetzgebungen in puncto Menschenrechte, Abrüstung und Umweltschutz beseitigen.

Christoph Cornides (Mitglied im Landesverband Baden-Württemberg) informierte in seinem Redebeitrag über die Hintergründe und die Ideen, die zur der Fachtagung führten. Was will die Partei tun, um Handlungsanweisungen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, damit anstehende Aufgaben zu lösen sind? Dies müsse seiner Meinung nach sowohl auf EU-, als auch auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene erfolgen. Weiter ging Cornides auf den Koalitionsvertrag der durch CDU/CSU und SPD geführten GroKo ein und verwies auf zwei Papiere in den Tagungsunterlagen. Diese Unterlagen beschäftigen sich parteiintern mit den Fragekomplexen „Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft“ und „Für das Recht auf Migration“. Er warb dafür, dass diese Thesenpapiere in den Arbeitsforen Berücksichtigung finden und im Nachgang der Tagung weiter thematisiert werden.

Der geplante Beitrag der Mannheimer Juristin Ruhan Karakul entfiel krankheitsbedingt.

Die Arbeitsforen

In Forum 1 ging es thematisch um „Die Situation der Geflüchteten und Asylsuchenden“ und in Forum 2 um „Einwanderung in Deutschland“. Auch in den Arbeitsgruppen wurden kurze Impulsvorträge von unterschiedlichen ReferentInnen gehalten. Nach intensiveren Diskussionen und nach der Unterbrechung durch die Mittagspause wurden mittels Kartenabfrage Handlungsmöglichkeiten und Lösungsvorschläge zu den diversen Themen erarbeitet und später im Plenum ausgestellt.

Seán McGinley (Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg) berichtete in Forum 1 über die Situation im Bundesland und die Forderungen des Flüchtlingsrats. Der Rat besteht seit 30 Jahren, wurde und wird von vielen Institutionen immer als verlässlicher Partner geschätzt und erfuhr große Unterstützung. Durch die Verschiebung des politischen Klimas nach rechts im von den Grünen mit der CDU regierten Bundesland und durch die finanzielle Mittelkürzung durch die Landesregierung in Stuttgart wird die Arbeit des Flüchtlingsrats bedroht. 2018 muss damit gerechnet werden, dass die Anzahl der angestellten MitarbeiterInnen von 8 auf 6 sinken wird. Jessica Tatti (MdB) und Clara Bünger (ehem. Koordinatorin für „Refugee Law Clinics Abroad“ und Mitarbeiterin von Gökay Akbulut) ergänzten mit eigenen Beiträgen die Arbeit in diesem Forum.

Im Forum 2 sprachen Gökay Akbulut, Dr. Sabine Skubsch (Mitglied im Landesverband Baden-Württemberg und in der LAG Bildung) und Luigi Pantisano (Stadtrat in Stuttgart). Dr. Sabine Skubsch befasste sich schwerpunktmäßig mit den Themen Segregation, Ausgrenzung und Integration im Bildungswesen. In dessen Folge sei einer „ganzen Generation“ die Teilhabe an einer weitergehenden Bildung verweigert worden. Auch der eine oder andere Seitenhieb auf die AfD durfte hier nicht fehlen. Die

rechtspopulistische Partei möchte in Baden-Württemberg keine Integration von Flüchtlingskindern in Regelschulen oder fordert, dass diese nur unter erschwerten Bedingungen erfolgen sollte. Skubsch mahnte einen bildungspolitischen Perspektivenwechsel und die Definition neuer bildungspolitischer Ziele an. Beispielhaft genannt: Migration als Normalität anerkennen und gestalten, kostenlose Kitas, Schule für alle ohne Ausnahme und unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der erleichterte Zugang zur deutschen Sprache als eine wesentliche Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilnahme. Luigi Pantisano setzte den Fokus in seinem Referat auf das Thema Wohnen und beschrieb die Situation in Baden-Württemberg. Als sozial unverträglich genannt wurden die Mietpreise beispielhaft in Hot-Spot-Städten wie Stuttgart oder Tübingen. Dort müssten Menschen oft bis zu einem Drittel ihres netto verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Gentrifizierung, der Mangel an Sozialwohnungen und die Schwäche vieler Gemeinderäte eine verbindliche Sozialquote bei Neuinvestitionen im Wohnungsbau einführen zu wollen, waren weitere Aspekte, die beleuchtet wurden. Unter soziologischen Gesichtspunkten sprach der Referent über die Folgen der Kettenmigration und darüber, welche Wichtigkeit ethnische Kolonien für Migranten haben, ohne diese mit Parallelgesellschaften verwechseln zu wollen. Pantisano sieht eine Diskriminierung und Benachteiligung von Migranten bei der Wohnungssuche und beim Erwerb von Immobilien, und dies unabhängig vom Einkommen oder Vermögen. Diese Beobachtung würde sich auch bei der Suche nach Schulen oder beruflichen Ausbildungsplätzen fortsetzen. Er findet, dass die Partei und die Gesellschaft die Chancen und Potentiale von Migranten erkennen muss, anstatt nach Defiziten und Problemen zu suchen. Den Begriff Migranten findet Luigi Pantisano für überholt und wünscht sich künftig diese gesellschaftliche Gruppe als „Neu-Deutsche“ oder „Deutsche Plus“ zu bezeichnen.

Podiumsdiskussion und vorläufiges Fazit

Moderiert wurde die Diskussion von Luigi Pantisano. PodiumsteilnehmerInnen waren Thomas Trüper (Stadtrat in Mannheim), Tobias Pflüger (MdB und verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion im Bundestag), Jessica Tatti und Gökay Akbulut.

Tatti und Akbulut fassten die wesentlichen Ergebnisse der beiden Foren, die nicht jeden Tagungsteilnehmer vollends zufrieden stellten, in kurzen Worten zusammen:

Der Flüchtlingsrat bleibt ein wichtiger Partner für die Partei sowie für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und weitere Akteure in diesem Bereich. Die Unterbringung von Geflüchteten und die Wohnsituation von und für Migranten wird weiterhin in vielen Fällen als unbefriedigend eingestuft. Die Situation an EU-Außengrenzen wird als menschenunwürdig und desolat beschrieben. Frontex und Hot-Spot-Konzepte funktionieren in der Praxis nicht. Die Entwicklung von Dublin I zu IV brachte nur Verschlechterungen für Geflüchtete in der Europäischen Union. Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie gelungene Integration und Bildung sind die primären Herausforderungen.

Tobias Pflüger benannte die Herausforderungen, die für die Partei während dieser Fachtagung in Mannheim entstanden sind und möchte diese beim Bundesparteitag im Juni 2018 in Leipzig weiter thematisieren. Baden-Württemberg nimmt weiter eine Vorreiterrolle bei Abschiebungen ein. Die grün-schwarze Landesregierung spricht sich bis dato und im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht kategorisch gegen die Einrichtung sogenannter Anker-Zentren (Zentren für „Ankunft, Entscheidung, Rückführung“) für nach Deutschland Geflüchtete aus. Auch bei der Zunahme von Abschiebungen nach Afghanistan nimmt, so Pflüger, das Bundesland Baden-Württemberg eine Spitzenposition ein. Er berichtete von seinem kürzlich stattgefundenen Besuch gemeinsam mit Ursula von der Leyen in Kabul (Afghanistan), der nur unter allerhöchsten Sicherheitsmaßnahmen stattfinden konnte und fragte: „Ist dieses Land ein sicheres Herkunftsland?“ Er kritisierte die Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Türkei und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei auf die kurdische Bevölkerung.

Wohnen, Bildung und Sicherheit waren die Themen, welche vom Kommunalpolitiker Thomas Trüper bei seinem Vortrag in den Vordergrund gestellt wurden. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei nicht Migranten und Geflüchteten in Mannheim geschuldet. Das Problem ist hausgemacht und werde von der linken Stadtratsfraktion seit Jahren intensiv bearbeitet. Nach zähen Verhandlungen stimmten die im Stadtparlament vertretenen Parteien mit knapper Mehrheit Anfang Mai 2018 (mit den Stimmen von SPD, die Grünen und die Linke) einer verbindlichen 30%-Quote zu. Steigende Geburtenraten und der Mangel an qualifizierten Lehrkräften und Sozialarbeitern sind ein weiteres Aufgabengebiet, welches auf kommunaler Ebene zusätzlichen bildungspolitischen Einsatz erfordert. Was die Sicherheit angeht, hob Trüper die kritische Situation mit einer Gruppe von etwa 30 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Maghreb-Staaten hervor. Diese hatten 2017 Hunderte von Taschendiebstählen im Stadtgebiet begangen. Erst nachdem ein Brandbrief des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz (SPD), gerichtet an den Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl (CDU), an die Öffentlichkeit gelangte, folgten Taten. Die minderjährigen Straftäter wurden bundesweit in geeignete Sozialaufnahmeeinrichtungen verlegt. Seitdem ist dieses Sicherheitsproblem für Mannheim gelöst. Thomas Trüper berichtete weiter, dass sich die Zahl der Geflüchteten in Mannheim mit ca. eintausend Menschen derzeit auf einem absoluten Tiefststand befindet. Im Vergleich dazu befanden sich 2015/2016 bis zu knapp 15.000 Geflüchtete in Landeserstaufnahme- und Bedarfseinrichtungen im Stadtgebiet. Als besondere Herausforderung bezeichnete Thomas Trüper in puncto Migration und Integration den Zuzug von rund 10.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien binnen der letzten fünf Jahre nach Mannheim. An dieser Stelle bestünde noch sehr viel Handlungsbedarf. Trüper skizzierte in einem Exkurs die destruktive Arbeit ehemaliger AfD-Mitglieder im Gemeinderat (ex-LKR, Liberal-Konservative Reformer, und jetzt „Bürgerfraktion“) an einem Beispiel, wie versucht, wird Ausländerfeindlichkeit und Alltags-Rassismus ins Stadtparlament zu transportieren.

Einige Stimmen und Fragen von TagungsteilnehmerInnen in der Podiumsdiskussion:

- „Wer schützt ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und Menschen, die in der Asylberatung tätig sind vor Übergriffen aus dem rechtsextremistischen Umfeld?“
- „Man sollte als Partei mehr Solidarität mit dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zeigen,“
- „Die Tagungsergebnisse blieben unter den Erwartungen; es konnten keine konkreten Resultate präsentiert werden.“
- „Gemeinsamkeiten in wichtigen Punkten müssen mit anderen Partnern gefunden werden. Neue Bündnisse gilt es zu schmieden.“
- „Partei muss mehr gegen Fluchtursachen ankämpfen.“
- Unterstützt wurde die Tagung u.a. durch das Mannheimer Bündnis gegen Abschiebungen, Asylcafe Mannheim und Mannheim sagt Ja!.

Tagungsprogramm und -unterlagen (in Auszügen für die Berichterstattung verwendet): Gökay Akbulut, Dr. Sabine Skubsch und Christoph Cornides, Die Linke Baden-Württemberg)

Aus Kommunalinfo 11/2018, leicht gekürzt

Pro Asyl: Mängel beim Bamf?

Ran an die Probleme, nicht bloß an die Symptome!

Berlin. Die Ermittlungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Bremen haben die Debatte über die Qualität der Asylentscheidungen erneut in die Öffentlichkeit gebracht. Die Herangehensweise greift aber zu kurz, wesentliche Probleme werden dabei außer Acht gelassen.

In der Bremer Außenstelle des Bamf soll es zu rechtswidrigen Praktiken bei Asylentscheidungen gekommen sein. Dabei bleiben aktuell noch viele Fragen offen – zum einen handelt es sich, soweit öffentlich bekannt wurde, um Anträge jesidischer Flüchtlinge, die in den allermeisten Fällen ohnehin Schutz erhalten; zum anderen ändert sich auch der Tatvorwurf immer wieder. Ob zunächst „bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Antragstellung", dann Korruption oder nun Urkundenfälschung – was den Beteiligten genau zur Last gelegt wird, bleibt unklar. Obwohl die Umstände noch nicht geklärt sind, überbieten sich handelnde Politiker*innen aber jetzt schon in Forderungen nach Überprüfung von anerkennenden Entscheidungen und begehen dabei erneut altbekannte Fehler!

Denn das Problem liegt in strukturellen Mängeln begründet und betrifft genauso auch negative Entscheidungen, wie die hohe Erfolgsquote der Klagen vor Verwaltungsgerichten zeigt.

Viel mehr braucht es also eine umfassende Qualitätskontrolle im Bundesamt, wie Pro Asyl und viele weitere Verbände und Organisationen sie schon seit Jahren fordern.

Qualität der Entscheidungen: Seit Jahren Problemthema. Der eigentliche Skandal – Hunderttausende mangelhafte Asylentscheidungen – übertrifft das, was aktuell in Bremen in Rede steht, um ein Vielfaches, selbst wenn die Vorwürfe, es seien dort unrechtmäßige Entscheidungen in mehr als 1.200 Fällen ergangen, zuträfen. Bereits 2005 hat ein breites Bündnis die Qualität von Asylanhörungen und -entscheidungen bemängelt, in einem ausführlichen Memorandum aus dem November 2016 wurden die strukturellen Defizite und eine fehlende interne Qualitätskontrolle nochmals öffentlich gemacht.

Das übergreifende Problem des Bamf. Von der Politik angetrieben wurde nach 2015 alles unternommen, um mit schnell angeworbenen und schlecht geschulten Entscheider*innen bis zur Bundestagswahl ein Höchstmaß an Asylentscheidungen zu treffen. Deren Qualität war bis Herbst 2017 kein Thema. … Zwar hat das Bundesamt zwischenzeitlich Maßnahmen zur Qualitätsverbesserungen angekündigt, immer noch fallen aber beispielsweise anhörende und entscheidende Personen auseinander, unter anderem auch in den sensiblen Fällen türkischer Oppositioneller. Im Rahmen bisheriger Qualitätskontrollen gibt es zudem keinen systematischen Abgleich von Anhörungsprotokoll und Entscheidung. So können viele Fehler gar nicht erkannt werden.

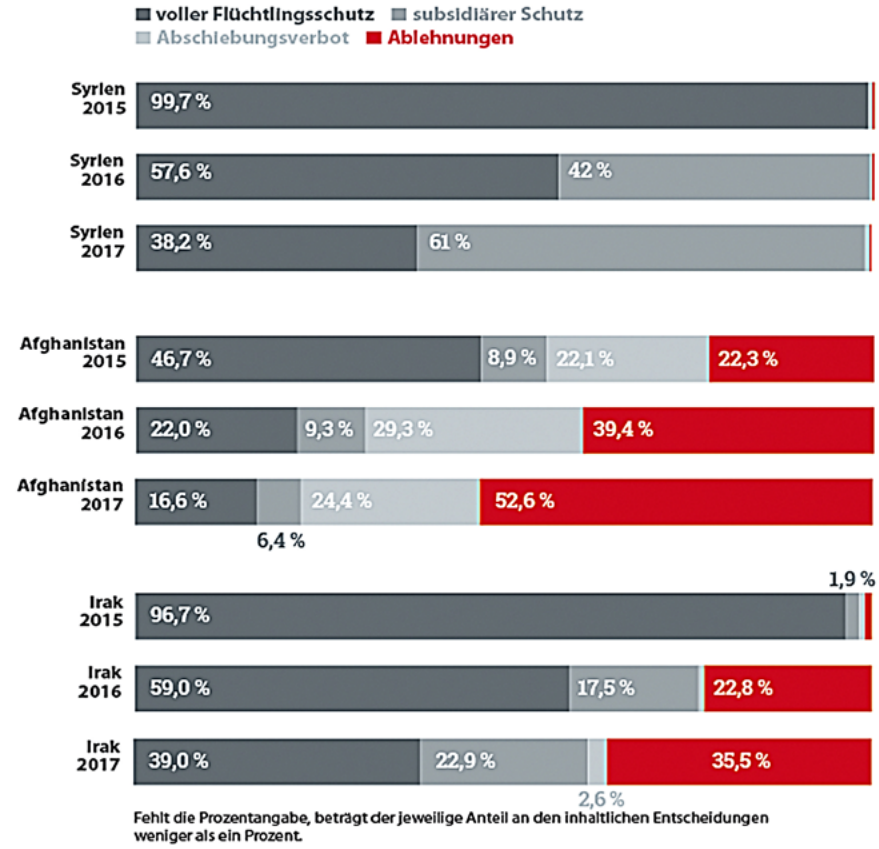
Ankerzentren stoppen!

Gemeinsame Stellungnahme von 24 Verbänden und Organisationen

Berlin. 24 Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch der Paritätische Gesamtverband, fordern in einem gemeinsamen offenen Brief an die Städte und Gemeinden sowie das Innen- und das Familienministerium, die Rechte und das Wohl von Kindern in der Debatte um die geplanten Ankerzentren zu achten.

„Auf Grundlage der bisher bekannten Pläne steht für uns fest: Ankerzentren werden keine geeigneten Orte für Kinder und Jugendliche sein", sagte terre des hommes-Kinderrechtsexperte Thomas Berthold. 45 Prozent der 2017 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge waren Kinder und Jugendliche. Ihre Rechte müssen in allen Verfahren berücksichtigt werden. Dazu gehören zum Beispiel der Besuch von Schulen und Kindergärten und eine Umgebung, in der Kinder sicher und gesund aufwachsen können. „Es ist pädagogisch und rechtlich außer Frage, dass Kinder nicht nur besonderen Schutz benötigen, sondern ihnen elementare Rechte nicht vorenthalten werden dürfen. Das Kindeswohl muss Vorrang vor flüchtlingspolitischen Erwägungen haben", so Nerea González Méndez de Vigo, juristische Referentin beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. „Die geplante Unterbringung von unbegleitete minderjährige Flüchtlingen in Ankerzentren gemeinsam mit Erwachsenen widerspricht dem Vorrang der Kinder- und Jugendhilfe".

www.der-paritaetische.de/presse/ankerzentren-stoppen-gemeinsame-stellungnahme-von-24-verbaenden-und-organisationen/



Entscheidungspraxis am Beispiel Syrien, Afghanistan, Irak. Inhaltliche Entscheidungen im Vergleich 2015–2017. Quelle: Bamf Asylgeschäftsbericht 12/2017, Asylgeschäftsstatistik 12/2016 und 12/2015 (Zahlen gerundet), Grafik: Pro Asyl

Tausende unqualifizierte Dolmetscher. Ein weiteres Beispiel: Kürzlich – und nur dank einer Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag – wurde bekannt, dass in den Jahren 2017 und 2018 die Zusammenarbeit mit 2.100 Dolmetscher*innen beendet wurde. Schon in den Vorjahren war das Ausmaß des Problems aber durch Zeitungsberichte, eine Grünen-Anfrage im Bundestag und Hinweise von Pro Asyl bekannt. Immer wieder berichten Asylsuchende beispielsweise über Versuche von Dolmetscher*innen, auf Anhörungen Einfluss zu nehmen – bis hin zu versteckten oder offenen Drohungen – aber auch mangelhaften Dolmetscherleistungen.

Offenbar lange weitgehend folgenlos: Unzureichend qualifizierte Dolmetscher*innen konnten 2015 und 2016 weiter am Abbau der Verfahrensrückstände des Bamf mitwirken. 2017 wurden dann 30 von ihnen wegen „Verletzungen des Verhaltenskodex" entlassen – was sich dahinter genau verbirgt, bleibt genauso im Dunklen, wie die Gründe für das Ende der Zusammenarbeit mit den übrigen über 2 000 Dolmetscher*innen.
https://www.proasyl.de/news/hohe-schutzquoten-eine-statistik-gegen-die-frustration/

Niedersächsischer Flüchtlingsrat: Der eigentliche Bamf-Skandal

Hannover. In der Bremer Außenstelle des Bamf soll es zu rechtswidrigen Praktiken bei Asylentscheidungen gekommen sein. Die politisch motivierte systematische Absenkung der Zahl positiver Entscheidungen durch eine Änderung der Anerkennungskriterien bleibt in der öffentlichen Debatte jedoch noch weitgehend unterbelichtet. Der eigentliche Skandal – Hunderttausende mangelhafte Asylentscheidungen – übertrifft das, was aktuell in Bremen in Rede steht, um ein Vielfaches.

Beim Bamf in Bremen wurden, soweit öffentlich bekannt wurde, Asylanträge v.a. von jezidischen Flüchtlingen bearbeitet und inhaltlich entschieden, die ohne eine inhaltliche Prüfung in andere europäische Staaten hätten abgeschoben werden können. Da die Jeziden vor dem Hintergrund des IS-Terrors im Irak und Syrien 2015 und 2016 auch in anderen europäischen Staaten Schutz erhielten, geht es in den meisten Fällen also nicht darum, dass „zu Unrecht" Schutz gewährt wurde, wie dies immer wieder öffentlich kolportiert wird, sondern dass dies in Deutschland geschah. Ob und in welchem Ausmaß die getroffenen Entscheidungen überhaupt wieder aufgehoben werden können – zumindest in den Dublin-Verfahren dürfte die Überstellungsfrist von sechs Monaten längst abgelaufen sein – erscheint fraglich.

Was jedoch in der Debatte um die strukturellen Mängel bei den Bamf-Entscheidungen weitgehend unterzugehen droht, ist die inakzeptable Fehlerquote bei negativen Entscheidungen, wie sich an der hohen Erfolgsquote der Klagen vor Verwaltungsgerichten zeigt. Es braucht eine umfassende Qualitätskontrolle im Bundesamt, wie Pro Asyl und viele weitere Verbände und Organisationen sie schon seit Jahren fordern.

Von der Politik angetrieben wurde nach 2015 alles unternommen, um mit schnell angeworbenen und schlecht geschulten Entscheider_innen bis zur Bundestagswahl ein Höchstmaß an Asylentscheidungen zu treffen. Deren Qualität war bis Herbst 2017 kein Thema. Im Bamf stand – mit Unterstützung von gut bezahlten Unternehmensberatungsfirmen – die Optimierung von Abläufen im Vordergrund, sprich: Tempo. Sicherstellung der Verwirklichung eines Grundrechts durch adäquate Gestaltung der Asylverfahren? Das wollte man sich nicht leisten.

Überprüfung wird den Gerichten überlassen.

Die vielen mangelhaften Entscheidungen des Bamf haben weitreichende Folgen über das Bundesamt hinaus: Etliche Asylbewerber*innen müssen vor Verwaltungsgerichten klagen, um den ihnen zustehenden Schutzstatus zu erhalten. Ende 2017 waren dort noch über 370 000 Verfahren anhängig. Und im vergangenen Jahr hatten 40,8 Prozent der Kläger*innen Erfolg (bereinigte Schutzquote): Fast die Hälfte der überprüften Asylbescheide wurde also durch die Verwaltungsgerichte korrigiert – bei syrischen und afghanischen Asylsuchenden waren es sogar über 60 Prozent! (Zahlen aus der Antwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag) Mit großer Impertinenz hat die Politik Vorgaben gemacht, die dazu führen, dass das Bamf seiner langjährigen Devise folgte: Unser Korrektiv sind die Verwaltungsgerichte – anstelle einer wirklichen Qualitätskontrolle im Hause selbst.
www.nds-fluerat.org

Falsche Asylbescheide durch das Bamf

Osnabrück. Der Deutsche Städtetag drängt in der Affäre um falsche Asylbescheide auf eine rasche Aufklärung. „Wir müssen darauf vertrauen können, dass es bei den Asylverfahren korrekt zugeht. Deshalb müssen zügig alle Fakten auf den Tisch, es darf nichts unter den Teppich gekehrt werden", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (Dienstagausgabe). „Das ist auch deshalb nötig, weil die Städte wollen, dass Integration gelingt und die Menschen Asylberechtigten nicht mit Misstrauen begegnen." Das Ansehen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe Schaden genommen. Dieser Schaden könne nur durch rückhaltlose Aufklärung und die daraus notwendigen Konsequenzen beseitigt werden. „An dieser Stelle muss Vertrauen wieder hergestellt werden", so Dedy. Ob ein Untersuchungsausschuss sinnvoll sei, bezweifle er, weil es auf Tempo bei der Aufklärung ankomme. Entscheiden könnten über den Umgang mit dem Thema im Parlament aber nur die Abgeordneten selbst.
www.staedtetag.de □

„Bamf-Untersuchungsausschuss kein geeignetes Mittel der Aufklärung"

„Die Aufklärung der Probleme im Bamf muss im Innenausschuss erfolgen. Insofern begrüße ich die für nächsten Dienstag anberaumte Sondersitzung. Während der Innenausschuss eine konsequente Untersuchung der Vorfälle im Bamf vornehmen kann und muss, gießt ein Untersuchungsausschuss nur Wasser auf die Mühlen der rechten Hetzer von der AfD und der in ihrem Fahrwasser segelnden Lindner-FDP. Aufklärung ist so kaum zu erwarten. Insbesondere würde sich durch einen Untersuchungsausschuss an den katastrophalen Zuständen in der Behörde nichts ändern. Daher lehnen wir die Einsetzung eines solchen Gremiums ab", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. Ulla Jelpke zur Forderung nach einem Untersuchungsausschuss von Seiten der AfD und FDP. Jelpke weiter:

„Ich sehe es als einen Erfolg an, dass die Bamf-Leiterin Jutta Cordt nun auch Negativentscheidungen einer Überprüfung unterziehen will. Wir haben immer wieder angemahnt, dass es gerade im Bereich der Ablehnungen massive Missstände gibt. Es kann schließlich nicht angehen, dass schutzsuchende Menschen aufgrund der mangelnden Ausbildung von Entscheidern und dem massiven politischen Druck durch verhetzende Abschiebeparolen in Krieg, Folter und Tod geschickt werden."
https://www.ulla-jelpke.de

MÜNCHEN, 10. Mai 2018. **Nach großen Demonstrationen in verschiedenen Städten Bayern gehen in München 40 000 Bürgerinnen und Bürger für die Grund- und Bürgerrechte auf die Straße. Nachdem die CSU-Landtagsfraktion das Gesetz trotzdem durchgezogen hat, wird nun eine verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes gefordert.** – Abb.: Logos der Unterstützerorganisationen, entnommen bei https://www.nopagby.de

Martin Fochler, München. Die Bayerische Staatsregierung, angeführt von Markus Söder, will die bayerischen Landtagswahlen am 14. Oktober 2018 zum Plebiszit für den autoritären Staat machen. Für bürgerrechtlich orientierte Wählerinnen und Wähler wird entscheidend: 1. Muss die CSU koalieren? und wenn ja, 2. Mit wem? In der Bevölkerung populär wäre laut Umfragen eine Koalition aus CSU und Grünen. Für Gewerkschaften, Genossenschaften und Sozialverbände bleibt die in den Umfragen auf 13% (Landtagswahlen 2013: 20,6%) gefallene SPD als Repräsentant im Landtag wichtig. In dieser Konstellation hat es die bayerische Linke schwer. Ihre positive Rolle in den sozialen und bürgerrechtlichen Bewegungen wird anerkannt und führt zu Mitgliedergewinnen und Zuspruch bei öffentlichen Auftritten. Aber die Präferenzen für die Wahlentscheidung …: Umfragen stehen bei mageren 2%. Da für die gleichzeitigen Wahlen zu den Bezirkstagen und für die im Frühjahr 2020 anstehenden Kommunalwahlen die Fünf-Prozent-Klausel nicht gilt, wird sich der Einsatz der Freunde und Mitglieder der Partei in diesem Wahlkampf trotzdem lohnen. Wir dokumentieren den Bündnis-Aufruf von **www.nopagby.de,** aus dem sich eben auch langfristige Aufgaben linker Politik ablesen lassen. □

DOK Nein zum neuen Bayerischen Polizeiaufgabengesetz — Kein Angriff auf unsere Freiheits- und Bürger*innenrechte!

Die CSU und die Staatsregierung rüsten die bayerische Polizei auf. Nicht nur mit Waffen und Granaten, wie in der Vergangenheit, sondern vor allem mit Gesetzen. Im August 2017 wurden durch das sogenannte Gefährdergesetz die Befugnisse der Polizei bereits extrem ausgeweitet. Mit der Neuordnung des Polizeiaufgabengesetzes will die CSU jetzt noch viel weiter gehen.

Das wurde bereits 2017 eingeführt:

- Der Begriff der „drohenden Gefahr“ als Eingriffsschwelle
- Die elektronische Fußfessel
- Die Polizei darf Personen in eine präventive „Unendlichkeitshaft“ nehmen – da diese Ingewahrsamnahme in Dreimonatszyklen immer wieder durch zuständige Richter*innen, verlängert werden kann.
- Die Polizei kann Kontaktverbote, Aufenthaltsgebote und Aufenthaltsverbote aussprechen.

Das soll jetzt eingeführt werden:

- Abhören von Telefonen und Öffnen von Post auch ohne Anzeichen einer Straftat
- Einsatz von V-Leuten – Freunde und Nachbarn können als Polizeispitzel für verdeckte Ermittlungen eingesetzt werden.
- Verschlechterung des Schutzes von Berufsgeheimnisträger*innen wie Journalist*innen oder Jurist*innen – Quellen und Mandant*innen sind nicht mehr umfassend geschützt
- Durchsuchen sogenannter Cloud-Speicher und Mitwirkungspflicht von Dritten beim Entschlüsseln von Daten (z.B. durch Herausgabe von Schlüsseln und Codes)

- Einsatz von Drohnen und Bodycams
- Automatisierte Videoüberwachung, etwa mit intelligenter Mustererkennung
- Online-Durchsuchung mit einem direkten Zugriff der Polizei auf private Computer
- Einsatz von Staatstrojanern (Spionagesoftware, die Informations- und Kommunikationsdaten abgreifen und verändern kann)
- DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme um Rückschlüsse auf Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie andere biogeographische Daten zu ziehen.

Damit wird die bayerische Polizei zunehmend mit geheimdienstlichen Aufgaben betraut und entsprechenden Befugnissen ausgestattet. Viele dieser Maßnahmen dürfen bereits seit August 2017 auch ohne konkreten Tatverdacht angewendet werden. Es genügt bereits eine sogenannte drohende Gefahr, das heißt die Möglichkeit, dass jemand zur Täter*in werden könnte, um vielfältige, massiv in die Bürgerrechte einschneidende Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Diese schweren Grundrechtseingriffe richten sich nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Terrorist*innen, sondern können gegen alle Menschen, soziale Bewegungen, Proteste oder Streiks gerichtet werden. Zusammen mit den bereits 2017 beschlossenen Änderungen am Polizeiaufgabengesetz wird die bayerische Polizei damit zu einer Überwachungsbehörde, die zum Beispiel Menschen in einen immer wieder verlängerbaren Gewahrsam nehmen darf. Gegen diese Eingriffe in unsere Grundrechte klagen bereits mehrere Organisationen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Die Übertragung geheimdienstlicher Aufgaben und Befugnisse auf die Polizei widerspricht dem sogenannten Trennungsgebot zwischen Geheimdienst und Polizei.

Seit 1945 hat es in Deutschland keine Ausweitung polizeilicher Befugnisse in dieser Größenordnung gegeben! Trotz der vehementen Kritik halten CSU und die CSU-Staatsregierung an ihren Plänen fest, wollen die nächsten Änderungen und Verschärfungen nun schnell mit ihrer Mehrheit im Landtag beschließen.

Andere Bundesländer planen ähnliche Polizeigesetze nach dem Vorbild Bayerns. Deshalb müssen wir in Bayern ein lautes und wahrnehmbares Zeichen gegen den Überwachungsstaat und eine allmächtige Polizei setzen. Wir, das sind ein breites Bündnis aus Personen und Organisationen, die NEIN! sagen zu einem Polizeiaufgabengesetz, das Bayern nicht sicherer macht, sondern nur undemokratischer und unsicherer.

Dafür demonstrieren wir am 10. Mai 2018 ab 13 Uhr auf dem Marienplatz in München. Wir rufen alle Demokrat*innen und Verteidiger*innen eines demokratischen, rechtsstaatlichen Bayerns auf, mit uns ihre Stimme gegen das neue Polizeiaufgabengesetz zu erheben.

Das Bündnis „noPAG – NEIN! zum Polizeiaufgabengesetz Bayern“ fordert den Bayerischen Landtag auf, die geplanten Änderungen am Polizeiaufgabengesetz nicht zu beschließen und die im August 2017 beschlossene Einführung der „drohenden Gefahr“ und der theoretisch möglichen unendlichen Haft zurückzunehmen.

www.nopagby.de,

□

Foto/Text: www.no-polizeigesetz-nrw.de

Am 26.4. demonstrierten in NRW das erste Mal gegen das jetzt neu geplante Polizeigesetz, welches die Einführung von mehr Überwachungsmöglichkeiten und deutlich mehr Polizeibefugnissen bedeutet. Es kamen etwa 40 Menschen vor dem Landtag zusammen und äußerten ihre Kritik.

DOK NRW: Protestbündnis ruft zu Widerstand gegen das geplante Polizeigesetz auf

In Nordrhein-Westfalen formiert sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis gegen das neue Polizeigesetz. Das Bündnis kritisiert, dass das Gesetz grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und die Gewaltenteilung aushebeln würde. Es ermögliche zudem ausufernde Überwachung und schränke Freiheitsrechte ein. Das Bündnis „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“ will den Gesetzgebungsprozess deshalb mit Veranstaltungen, Aktionen, einer großen Demonstration stoppen. „Wir wollen mit unseren Aktionen ein klares Zeichen für den Erhalt unserer Freiheits- und Bürgerrechte setzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Polizei künftig auf der Basis von Vermutungen Computer hacken oder freiheitsentziehende Maßnahmen präventiv und ohne anwaltlichen Beistand vollziehen kann. Das ist eindeutig grundrechtsfeindlich“, so Michèle Winkler, Sprecherin des Bündnisses. „Wir laden alle Menschen ein, gemeinsam mit uns ihre Stimme gegen diese Grundrechtseingriffe zu erheben – denn es sind wir alle, die davon betroffen sind.“ Unter dem Motto „#NoPolGNRW“ arbeiten Gruppen aus Zivilgesellschaft und außerparlamentarischem Aktivismus, aus Verbänden und politischen Parteien, GewerkschafterInnen, JuristInnen und interessierte Einzelpersonen gemeinsam an einer Verhinderung des Gesetzes, das noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden soll. Unter anderem plant das Bündnis deshalb eine **Demonstration am 7. Juli 2018 in Düsseldorf** und ruft zur Beteiligung auf. Aus Sicht des Bündnisses stellt das neue Polizeigesetz eine Verletzung demokratischer Grundrechte dar. Wie das bayerische Polizeiaufgabengesetz dreht sich auch der nordrhein-westfälische Gesetzesentwurf um die Einführung des Rechtsbegriffes der „drohenden Gefahr“. Dieser soll der Polizei ermöglichen, vermeintlich verdächtige Personen sowie deren soziales Umfeld auch ohne konkrete Hinweise auf eine geplante Straftat zu überwachen, ihnen Aufenthalts- und Kontaktverbote auszusprechen und sie sogar in Präventivgewahrsam zu nehmen. Außerdem soll die Polizei im Rahmen sogenannter „strategischer Fahndungen“ zukünftig ohne jeglichen Verdacht alle Menschen an öffentlichen Orten nach ihrer Identität befragen und kontrollieren dürfen. Darüber hinaus sieht der Entwurf die Ausweitung der öffentlichen Videoüberwachung sowie die Einführung von Tasern und elektronischen Fußfesseln vor. „Mit solchen Maßnahmen stellt das neue Polizeigesetz uns alle unter Generalverdacht“, so Sabine Lassauer, Sprecherin des Bündnisses. „Es beschädigt unsere Grundrechte wie die informationelle Selbstbestimmung, die Freiheit der Person und die Bewegungsfreiheit. Damit ist es klar verfassungswidrig und tritt die Rechtsnorm ‚im Zweifel für den Angeklagten‘ mit Füßen. Das Land NRW begibt sich so auf den Weg in einen Polizei- und Überwachungsstaat, der seinen BewohnerInnen prinzipiell misstraut. Und jede/r kann davon betroffen sein“.

https://perspektive-online.net/2018/05/nein-zum-neuen-polizeigesetz-in-nrw/

DOK: Kommunale Politik

Ulli Jäckel, Hamburg

THEMA: Bürger- und Menschenrechte

Antrag: Kennzeichnungspflicht für Polizei stärkt den Rechtsstaat: Hamburg. Bürgerschaft und Senat stehen in der Verantwortung, Mechanismen zur effektiven Strafverfolgung gegen Polizeibeamt_innen zu schaffen – spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 9. November 2017: Das Gericht schlug ausdrücklich eine individuelle Kennzeichnung vor, zum Beispiel eine Nummer. Einen entsprechenden Antrag (Drs. 21/12342) bringt die Fraktion Die Linke in die Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am kommenden Mittwoch ein. „In acht Bundesländern gibt es die Pflicht zur individuellen Kennzeichnung von Polizeibediensteten, zum Teil schon seit Jahren“, erklärt dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Christiane Schneider. „Die von den Polizeigewerkschaften dagegen geäußerten Befürchtungen haben sich samt und sonders nicht bestätigt. Es gibt also keinen Grund, die individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten bei geschlossenen Einsätzen – wie zuletzt bei G20 – zu verweigern. Im Gegenteil: Im Fall von Ermittlungen können unberechtigte Anschuldigungen ebenso wie rechtswidrige Gewalt leichter aufgeklärt werden. Die Kennzeichnungspflicht stärkt den Rechtsstaat.“
https://www.linksfraktion-hamburg.de

G20-Fahndung: Polizei Hamburg setzt schlechte Maßstäbe. Die Hamburger Polizei hat heute die zweite große Öffentlichkeitsfahndung im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel sowie eine europaweite Zusammenarbeit mit Anti-Terror-Einheiten bei der Fahndung vorgestellt. „Die Polizei setzt hier Maßstäbe, und zwar schlechte“, erklärt dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Christiane Schneider. „Dass sie sich im europäischen Ausland in erster Linie an Anti-Terror-Einheiten wendet, zeigt, dass es ihr nicht zuletzt um eine politische Botschaft geht, nämlich die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den G20-Protesten und damit die G20-Proteste insgesamt in die Nähe von Terrorismus zu rücken. Das ist absolut unverhältnismäßig und stigmatisierend für die Betroffenen, deren Bilder – ob sie später verurteilt werden oder nicht – für immer im Netz bleiben.“
www.linksfraktion-hamburg.de

Die Linke lehnt Videoüberwachung in Nierstein ab: Der Vorstoß des Niersteiner Stadtbürgermeisters Thomas Günther, den Bahnhof in Nierstein mit Kameras zur Überwachung auszustatten, gedeiht immer weiter. Die Linke sieht eines der maßgebendsten Probleme hierbei, dass die Bahnunterführung nicht nur von Reisenden und Pendlern der Bahn genutzt wird, sondern auch von Einheimischen und Touristen um an die Rheinpromenade zu gelangen ... die Überwachung würde somit über ihre gesetzte Zielgruppe „hinausschießen“ und damit an Berechtigung schwer einbüßen. „Es ist mittlerweile hinlänglich bekannt, gerade aus Städten wie London oder Wien, dass sich Verbrechen anhand von Videoüberwachung nicht wirksam bekämpfen lassen. Wie von der Polizei in Oppenheim richtig erkannt, ist die beste Lösung zur Bekämpfung von Straftaten die Erhöhung der polizeilichen Präsenz. Diese hat in Oppenheim offenbar umgehend Wirkung gezeigt, wo seitdem keinerlei Probleme mehr aufgetreten sind“, erklärt Patrick Walter (Kreistagsmitglied, Die Linke).
www.dielinke-mz.de

Die Linke.Stuttgart verurteilt den übertriebenen Einsatz der Polizei in Wörth um die Proteste gegen den Naziaufmarsch in Kandel zu verhindern. Wenn man durch polizeiliche Überprüfungen einen ganzen Zug, lang genug aufhält um so die Demonstranten von der Kundgebung fern zu halten, kann man sich auch fragen, wie ernst es die befehlshabende Polizist*innen mit der Demokratie haben. Berichte eines beteiligten Mitglieds von uns: „In Wörth hielt der Zug. Die Polizei wollte rein, wir sind jedoch schon eng gestanden, an einer anderen Stelle hätte es genug Platz gegeben. Dann hat die Polizei reingeknüppelt, die Gruppe von uns auf die Wagen getrennt ... dann bestimmt eineinhalb Stunden oder länger in der Hitze im Zug quasi eingesperrt gestanden. Einzeln wurden wir rausgelassen mit Personalienaufnahme, Foto und so ...“
(Quellen: Twitter bei @thisispatman, sowie Berichte von unseren Mitgliedern vor Ort) www.stuttgart.die-linke-bw.de/

Polizeiverordnung darf sich nicht verschärfen: Chemnitz. In den vorgeschlagenen Änderungen der Polizeiverordnung der Stadt Chemnitz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Chemnitz (B-103/2018) sind einige Neuregelungen zu finden, die die Situation für Betroffene verschärft. Hierzu Susanne Schaper, Fraktionsvorsitzende: „Eine Verschärfung unserer Polizeiverordnung ist kein probates Mittel, um Probleme der Menschen im Umgang miteinander zu lösen. Da reichen die gesetzlichen Möglichkeiten – sei es im Ordnungswidrigkeiten- und im Strafrecht – aus unserer Sicht völlig aus. Gegenseitige Rücksichtnahme in der Stadtgesellschaft und Achtung der Bürgerinnen und Bürger untereinander lassen sich nicht über ordnungsrechtliche Festlegungen allein regeln.“ Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass jeder Bürger den Schutz vor Lärmbelästigung verdient. Die bisherigen Regelungen der Polizeiverordnung sind jedoch aus Sicht unserer Fraktion dafür ausreichend. Susanne Schaper: „Die neue Bestimmung würde es Veranstaltern und Gastronomen unmöglich machen, in ihren Außenbereichen kulturelle Angebote zu schaffen und für ein spezielles Flair zu sorgen. Weiterhin ist die Verschärfung gegen Kulturschaffende, Partybetreiber und Jugendclubs, die lediglich einen Raum vermieten, völlig unnötig. Diese Regelung erzeugt eine große Unsicherheit und bestärkt den Kulturverhinderungs- und Repressionsverdacht. Das steht einer Stadt, die unmittelbar vor Eröffnung ihrer Kneipenmeile steht und sich als Kulturhauptstadt bewerben will, ziemlich schlecht zu Gesicht.“
www.linksfraktion-chemnitz.de

Kein Einsatz von Elektroschockern! Offenbach. Pressemitteilung des Stadtverordneten Sven Malsy:Die Offenbacher Polizei soll den Einsatz von Elektroschockern, kurz Tasern, testen. Die Fraktion Die Linke. kritisiert den Einsatz dieser zu Unrecht verharmlosten Waffen, die mitunter tödlich sein und schwerwiegende Verletzungen nach sich ziehen können. Der Stadtverordnete Sven Malsy erklärt: „Es macht mich sprachlos und wütend, wenn ich lese[1], dass nach nur einem Tag Schulung Polizeibeamte mit Elektroschockern auf die Offenbacher Bevölkerung losgelassen werden. Wie kann man nur so verantwortungslos mit Bürgerinnen und Bürgern umgehen? Elektroschocker sind tödliche Waffen. ... Laut Amnesty International starben zwischen 2001 und 2008 al-

Absolut gewonnen: Die Linke schneidet bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein recht gut ab

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Kiel. Für Die Linke in Schleswig-Holstein (SH) sind die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 6. Mai 2018 ein Erfolg. Wo sie angetreten ist, konnte sie fast überall in Fraktionsstärke in Rathäuser und Kreistage einziehen und absolut sich von 26.870 Stimmen auf 42.584 steigern: das ist ein Plus von 58,49 %. Nachdem Die Linke in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 2017 den Wiedereinzug in den Landtag zum zweiten Mal nicht geschafft hatte, konnte sie sich nun aber weiter verankern und in den Gemeinden Erfolge erzielen. Der Landesvorstand berichtet: Die Partei wird jünger und gewinnt mehr Mitglieder. Unter dem landesweiten Motto des Kommunalwahlkampfes „Vor Ort, für alle“ – für einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, für sozialen Wohnungsbau, für die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, mit Konzepten für einen sozial-ökologischen Umbau in den Kommunen und der Bekämpfung von Kinderarmut – konnte Die Linke sich offensichtlich Geltung verschaffen.

Von den 2.375.378 Wahlberechtigten in 1.084 Städten und Gemeinden sind 47,1 % zu den Urnen gegangen, das ist eine leichte Steigerung um 0,4 %. Die WählerInnen sind also nicht frustriert zu Hause geblieben. Die CDU bleibt in SH mit 35,1 % stärkste Kraft, sie verliert aber 3,8 %. Stark gebeutelt wurde die SPD: Sie verlor 6,5 % ihrer Stimmen und kam auf nur 23,3 % gegenüber 29,8 % bei der letzten Kommunalwahl. Die AfD trat erstmals zu den Kommunalwahlen in SH an. Sie holte in 13 der 15 Kreise bzw. kreisfreien Städte insgesamt 5,5 %, was verdeutlicht, dass diese Partei in SH nicht besonders verankert ist. Die Grünen kommen auf 16,5 %, sie verbesserten sich um 2,8 %. Das ist sicher dem Umstand zu verdanken, dass die Grünen hier in den letzten Jahren durch den aktiven und prominenten Umweltminister Habeck vertreten wurden.

Besonders gut schnitt Die Linke in den großen Städten ab. In Kiel legte sie mit 7,2 % gegenüber 3,4 % im Jahre 2013 zu, in Flensburg holte sie satte 7,5 % gegenüber 3,7 % beim letzten Mal. In Lübeck ist das Bild dagegen verwirrend: Die Linke verbesserte sich auf 4,9 % gegenüber 3,9 % im Jahre 2013. Dazu muss man aber wissen, dass sie

dieses Mal gegen zwei starke linke Konkurrenten anzukämpfen hatte: Mit der grün-alternativen Wählergemeinschaft „GAL“ waren konkurrierend zwei der bisherigen Landesvorsitzende der Linken angetreten, die sich 2,9 % holten. Obendrein kandidierten auch noch die „Die Unabhängigen“ mit dem Ex-Linken-MdB Wolfgang Neskovic und erzielten auf Anhieb 8 %. In Neumünster, viertgrößte Stadt in SH, hat Die Linke mit 4,3 % ein eher schlechtes Ergebnis. 2008 konnte sie hier noch auf 13,2 % kommen. Hier wirkt heute noch nach, dass 2009 die gesamte Fraktion der Linken den Kreisverband verlassen hatte und ihr Umfeld als Wählergemeinschaft „Bündnis für Bürger“ (BfB) aktiv ist. □

lein in den USA 334 Menschen während oder nach dem Einsatz der Waffe[2]. Erst nach einer Anfrage der Linken im hessischen Landtag hat Peter Beuth (CDU) eingeräumt, dass der Einsatz zu tödlichen Verletzungen führen kann.“

[1] Frankfurter Rundschau 14.11.2017 **[2]** https://www.amnesty.ch/de/themen/weitere/taser/dok/2008/taser-bericht (abgerufen am 14.11.17)
https://die-linke-of-stadt.de

Unzulässige Zuverlässigkeitsüberprüfung: Frankfurt a.M. Das Frankfurter Netzwerk der Sozialen Arbeit protestiert gegen die Überprüfung aller Beschäftigten in Flüchtlingsunterkünften durch den Staatsschutz und die Polizei mittels einer sogenannten Zuverlässigkeitsüberprüfung. Diese fordert die Stabstelle Flüchtlingsmanagement von allen Trägern im Bereich der Geflüchtetenbetreuung.

„Wie es scheint, haben die Proteste des Netzwerks der Sozialen Arbeit Erfolg gehabt. Wie es aus dem Kreis der Träger heißt, ist die Stadt von ihrem Vorhaben abgerückt, sämtliche Menschen, die mit Geflüchteten arbeiten wollen, unter Generalverdacht zu stellen und per Zuverlässigkeitsüberprüfung zu durchleuchten. Nichtsdestotrotz wird Frau Prof. Dr. Birkenfeld im Rahmen des Sozialausschusses erklären müssen, was hinter dem Versuch steht, die Persönlichkeitsrechte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Geflüchtetenhilfe mit Füßen zu treten“, erklärt Astrid Buchheim, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. im Römer.
http://www.dielinke-im-roemer.de

Gesetzentwurf der Volksinitiative für mehr Videoüberwachung unzulässig: Berlin. Das „Aktionsbündnis für mehr Videoaufklärung und Datenschutz“ hat im vergangenen Jahr ein Volksbegehren mit dem Ziel gestartet, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum in Berlin in erheblichem Maße auszudehnen. Die Initiatoren des Volksbegehrens haben dazu einen Gesetzentwurf für ein „Artikel-Gesetz für mehr Sicherheit und Datenschutz in Berlin“ vorgelegt. Die Linksfraktion Berlin hat Prof. Dr. Fredrik Roggan, Professor für Strafrecht an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, gebeten, den vorgelegten Gesetzentwurf auf seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit hin zu begutachten. Aus dem Gutachten ergibt sich, dass der Gesetzentwurf nicht im Einklang mit höherrangigem Recht steht und deshalb aus Sicht der Linksfraktion nicht zulässig ist. Mit dem Gesetzentwurf würde insbesondere die Möglichkeit von unbemerkter, also nicht öffentlich gekennzeichneter Videoüberwachung im öffentlichen Raum geschaffen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen Videoüberwachung als präventive Maßnahme zur Verhütung von Straftaten einerseits und der Videoüberwachung zum Zweck der Strafverfolgungsvorsorge andererseits. Im Bereich der nicht zwingend offenen Überwachung zum Zwecke der Strafverfolgung hat Berlin jedoch keine Gesetzgebungskompetenz, sondern der Bund. An vielen Stellen bleibt der Gesetzentwurf außerdem unbestimmt, so zum Beispiel bei der Definition von Orten, an denen Videoüberwachung möglich sein soll. Damit ist der Einstieg in eine nahezu flächendeckende Videoüberwachung gemacht. Auch die Verhältnismäßigkeit wird an vielen Stellen nicht gewahrt. So wären mit dem Gesetzentwurf beispielsweise auch Tonaufnahmen möglich, mit denen Gespräche auf öffentlichen Plätzen mitgeschnitten werden könnten.
https://www.linksfraktion.berlin

Pilotprojekt mit Elektroschockwaffen ist lebensgefährlich: Bre- ▷

MERHAVEN. Nach den Sommerferien will die Polizei Bremerhaven mit einer einjährigen Testphase des Einsatzes von Tasern beginnen. 20 Beschäftigte sollen an den Elektroschockwaffen ausgebildet werden. Die Stadtverordneten der Linken lehnen dies ab. Petra Brand, Stadtverordnete der Linken und Mitglied im Ausschuss für öffentliche Sicherheit, erklärt dazu: „Die Bedenken, die in Bremen zu einer Ablehnung der Tasertestphase geführt hatten, sind für uns auch ein Jahr später nicht ausgeräumt. ... Wir warnen davor, Taserwaffen zu verharmlosen und als adäquates Mittel irgendwo zwischen Schlagstock und Pistole einzusetzen. Im übrigen wären die 35 000 Euro, die diese Testphase kosten soll, sinnvoller in sozialen Projekten für Kinder und Jugendliche und für Gewaltprävention an Schulen eingesetzt."
www.dielinke-bremerhaven.de/

Nein zu PR-Maßnahme, Racial Profiling und dem neuen Landespolizeigesetz: ESSEN. Mit Unterstützung der NRW-Regierung werden seit längerem immer wieder Razzien in der Nordstadt durchgeführt. Dabei gelang es Polizei und Zoll trotz massiver Aufgebote bisher lediglich, kleinere Vergehen zu ahnden. Die Essener Linke hält das Vorgehen für eine reine PR-Maßnahme. Dazu der Linke-Vorsitzende Daniel Kerekeš: „Die Polizei wird hier durch den Stadtteil gejagt, um der Law & Order-Politik der Landesregierung Show-Taten folgen zu lassen. Die Ausbeute ist bisher mehr als mager und rechtfertigt keinesfalls die eingesetzte Menge an Beamten." Dass genau in einem Viertel mit hohem Migrantenanteil eine derart massive Polizeipräsenz aufgebaut wird, ist für Die Linke ein Wink mit dem Zaunpfahl: ihrer Ansicht nach handelt es sich dabei um nichts weniger als Racial Profiling, das mit dem neuen Landespolizeigesetz und verdachtsunabhängigen Kontrollen noch weiter verschärft würde. „Die persönliche Freiheit im Stadtteil wird massiv eingeschränkt. Man stellt Menschen unter Generalverdacht. Das neue Polizeigesetz, das vor Kurzem im Landtag in der ersten Lesung war, wird diese Situation noch weiter verschärfen. Denn die Befugnisse der Polizei und der gesamten Exekutive werden auf das Niveau eines Polizeistaats gehoben", so der Vorsitzende der Essener Linken abschließend. Die Linke. Essen ruft daher zu der angekündigten Demonstration gegen das neue Polizeiaufgabengesetz am 7. Juli in Düsseldorf auf.
www.dielinke-essen.de

Wegen Anti-IS-Fahne: Polizeiübergriffe auf 1. Mai-Demo des DGB. HANNOVER: Auf die 1. Mai-Demonstration des DGB gab es mehrere Übergriffe durch bewaffnete Polizisten. Kurz nach dem Start des Demonstrationszugs auf dem Küchengartenplatz in Linden stürmten mehrere Polizisten auf den Block der Linken zu und rissen den Kreisvorsitzenden der Linken Region Hannover, Johannes Drücker, aus der ersten Reihe heraus und führten ihn zur Personalienfeststellung ab. Als Begründung wurde das Zeigen der Fahne der kurdischen Anti-IS-Frauenmiliz „YPJ" genannt. Die YPJ ist in Deutschland genau so wenig verboten wie ihre Symbole. Trotzdem wurde Johannes Polizeiarrest angedroht, sollte er sich weiterhin an der DGB-Demo beteiligen. Egal ob mit oder ohne YPJ Fahne; die war ohnehin bereits von der Polizei entwendet worden. Der Polizeiangriff wurde von vielen Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern kritisch begleitet, die Demonstrationsleitung protestierte leider nicht erkennbar. Am Rande der Abschlusskundgebung auf dem Trammplatz wurden dann zwei weitere Internationalistinnen/Internationalisten von der Polizei mit brutalen Mitteln abgeführt und durchsucht, ihnen wurde offenbar vorgeworfen Luftballons mit den Buchstaben YPJ gehalten zu haben ...
http://www.dielinke-hannover.de

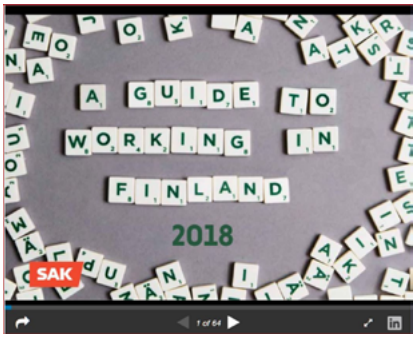
Auf einer Kundgebung gegen das neue Polizeigesetz in AACHEN waren am 8.Mai etwa 100 Menschen. Einige Menschen blieben interessiert stehen und lauschten, schauten und fragten nach. So entspannten sich Diskussionen um die negativen Auswirkungen des Ausbaus der Polizeibefugnisse.
www.no-polizeigesetz-nrw.de

DOK-EU-BAU Tarifbewegungen

ÜBERSETZUNG: RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Finnland: Streik im Baugewerbe

Die Verhandlungen zur Lösung eines Lohnkonflikts im Bausektor brachen am Mittwoch (18.4.) zusammen. Damit ist der Weg frei für einen Streik, der am Donnerstag beginnt.
Wenn es dazu kommt, werden sieben Bauunternehmen (Betonimestarit, Betset, Parma, Rajaville, Parmarail, Rudus und Ruskon) von rollierenden, jeweils zweitägigen Streiks über einen Zeitraum von vier Wochen betroffen sein.
Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber werden am Donnerstag auch die Verhandlungen fortsetzen. Die von den Aktionen betroffenen Unternehmen fertigen mehr als die Hälfte des vorgefertigten Betons und mehr als zwei Drittel des Fertigbetons.
Die Baugewerkschaft sagt, dass die Wirkungen des Streiks weitreichend sein werden, weil die verspätete Lieferung von Beton eine Kettenreaktion in den Zeitplänen im Baugewerbe auslöst. Die



www.sak.fi/en/materials/publications/fair-play-work

Gewerkschaft rechnet mit Verlusten infolge des Streiks für die Unternehmen in Höhe von etwa 30 Millionen Euro pro Tag.
Die beiden Seiten liegen noch weit auseinander beim Thema Löhne und Gehälter. Die Arbeitgeber bieten eine Anhebung um etwa 3,2 Prozent an, die Gewerkschaft fordert dagegen 6 Prozent, jeweils bei einer Laufzeit von zwei Jahren.
(Yle Uutiset, Finnland, 18.4.2018)

Niederlande: Niederländische Bauarbeiter haben einen neuen Tarifvertrag

Die Verhandlungen zwischen Bouwend (Niederlande) und den anderen Arbeitgeberverbänden im Baugewerbe und den Gewerkschaften haben zu einem neuen Tarifvertrag geführt. Der Vertrag tritt zum 1. April 2018 in Kraft und endet am 31.12.2019. Er umfasst einen Lohnanstieg ab 1. August 2018 um 2,35% und einen erneuten Anstieg am

1. Juli 2019 um 3%. Bonuszahlungen und andere Zuschläge steigen um den gleichen Prozentsatz. Besondere Aufmerksamkeit wird es für Sprachkurse geben und für die Rückgewinnung von Arbeitskräften, die die Branche in der Krise verlassen hatten. Die Sozialpartner werden sich gemeinsam an die Regierung wenden, um einen flexiblen Wechsel in die Rente für Beschäftigte mit stark belastender Arbeit zu ermöglichen. (14. April 2018)

Bausektor Lettland: Anteil informeller Lohnzahlung geschätzte 24,4%

Das berichtete heute Dace Peleka, der amtierende Generalsekretär der staatlichen Steuerverwaltung, nach Angaben von LETA heute gegenüber Journalisten.

Der amtierende Chef der Steuerverwaltung nennt das einen hohen Anteil, der sich trotz verschiedener Maßnahmen der Steuerverwaltung in den letzten Jahren nicht verändert habe. 2015 beliefen sich die informellen Lohnzahlungen auf 24,1 Prozent, 2016 auf 24,4 Prozent. 2016 verloren die öffentlichen Haushalte so 58,4 Millionen Euro unbezahlter Steuer im Bausektor.

Peleka erklärte, das Problem müsse in Zusammenarbeit mit dem Baugewerbe gelöst werden. Eine allgemeine Vereinbarung, die einen Mindestlohn in der Branche festlege, könne eine Lösung sein, da etwa ein Drittel der Beschäftigten im Baugewerbe weniger als den Mindestlohn erhalte.

Der amtierende Chef der Steuerverwaltung unterstrich die Bedeutung des Baugewerbes für die lettische Ökonomie. In diesem Sektor arbeiteten 23.089 steuerzahlenden Unternehmen oder 6,6 Prozent aller Steuerzahler, und 58.885 Beschäftigte, das sind 6,4% aller Beschäftigten in Lettland.

2017 beliefen sich die Steuerzahlungen der Baubranche auf 189,39 Millionen Euro oder 2,2 Prozent. Der größte Teil davon seien Lohnsteuern. Zusammen mit der Mehrwertsteuer aus der Branche beliefen sich die Steuereinnahmen auf fast 700 Millionen Euro.

Peleka betonte jedoch, dass sich dank des Wachstums des Sektors und dank der Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft einige Dinge in den letzten Jahren zum besseren gewandelt hätten. So stiegen die Lohnsteuern aus dem Baugewerbe im letzten Jahr gegenüber 2016 um 10,8 Prozent an, die Umsätze sogar um 26.6 Prozent.

(The Baltic Course, Riga, 13.4.2018)

The Gangmasters and Labour Abuse Authority works in partnership to protect vulnerable and exploited workers.

www.gla.gov.uk/who-we-are/what-we-do/

Bauarbeitermigration und Gangmasters in Großbritannien

Bill Lawrence, Newcastle Upon Tyne

Unite, die der Europäischen Föderation der Bau und Holzarbeiter (EFBH) angeschlossene britische Gewerkschaft, hat einen neuen Bericht der „Gangmasters & Labour Abuse Authority“ (GLAA) ausgewertet, in dem sie die Gründe für die Verbreitung von Ausbeutung und moderner Sklaverei in der Bauindustrie auf den Punkt bringt. In ihrem Bericht „Die Natur und das Ausmaß der Arbeitsausbeutung in allen Sektoren des Vereinigten Königreichs“ sagte die GLAA: „Die oft verschlungenen Untervergabeketten in der Industrie machen es extrem schwierig potenzielle Ausbeutung zu identifizieren und illegale Praktiken zu beenden.“

Mit der gängigen Praxis der Scheinselbstständigkeit werden den Arbeitnehmern grundlegende Rechte vorenthalten, sie werden von Urlaubs- und Krankengeldzahlungen ausgeschlossen und weitere Missbräuche sind üblich. Der britische Bausektor beschäftigt 2 Millionen Arbeitnehmer, von denen die Hälfte selbstständig ist. Angesichts eines großen Qualifikations- und Arbeitskräftemangels sind 11% der Arbeitskräfte des Landes Nicht-UK-Bürger, wobei fast 9% aus der EU kommen. 122 000 stammen aus den EU-Beitrittsländern Polen (55 000), Rumänien (27 000) und Litauen (18 000). In der Region London ist die Hälfte der Bauarbeiter nicht in Großbritannien geboren. Jedes dritte Unternehmen nimmt Wanderarbeitnehmer auf, um die Qualifikations- und Arbeitslücken zu schließen. Die meisten Wanderarbeiter werden durch „Gangmaster“ (Arbeitsvermittler mit der Konnotation Gangster) rekrutiert.

Was ist die GLAA? Im Februar 2004 ereignete sich eine große Tragödie in der Morecambe Bay an der nordwestlichen englischen Küste, als 23 illegal eingewanderte chinesische Herzmuschelsammler von der Flut ihres Lebens beraubt wurden. Sie waren nicht der Landessprache mächtig, nicht auf die Umweltbedingungen vorbereitet, von ihrem Arbeitgeber allein gelassen. Dies führte zur Einsetzung einer Regierungsbehörde, die die Einrichtung eines Lizenzsystems zur Kontrolle der Gangmaster, die Arbeitskräfte für Fischerei, Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung anwerben, anstrebte.

Mit einem wachsenden Bewusstsein für die modernen Formen der Sklaverei reformierte die britische Regierung im Mai 2017 das Lizenzsystem und erweiterte es auf alle Industriesektoren. Die GLAA, die Teil des Innenministeriums ist, erhielt mehr Befugnisse und war besonders in der Gastronomie, im Restaurant und in anderen Bereichen der Gastronomie aktiv. Vor allem Autowaschanlagen, Nagelstudios, Pflegeheime, kommerzielle und häusliche Reinigung sowie der Bausektor sind auch dafür bekannt, Gangmaster zu nutzen und die Beschäftigten übel auszubeuten. Alle Arbeitsgeber müssen heute eine GLAA-Lizenz beantragen, um ihr Geschäft zu betreiben. Aktuell gibt es mehr als 1 000 Lizenznehmer, von denen einige außerhalb Großbritanniens ansässig sind und die bis zu 460 000 Leiharbeitnehmer an britische Unternehmen liefern

Der Bilanz der GLAA- in Sachen Durchsetzung bestehenden Rechts ist schlecht. In zehn Jahren wurden lediglich 58 nicht lizenzierte Gangster strafrechtlich verfolgt und seit ihrer Gründung im Jahr 2006 hat sie nur 262 Lizenzen entzogen. Im Jahr 2017 wurden ganze 66 Compliance-Inspektionen durchgeführt, nur 10 Lizenzen entzogen. Verschiedentlich wird die GLAA beschuldigt, ineffektiv und übermäßig medial ausgerichtet zu sein. Ihren Vorstandsmitgliedern werden Interessenkonflikte vorgeworfen. Der Vorstand, der sich aus sieben „öffentlichen Personen“ zusammensetzt, die vom Innenminister ernannt werden, besteht aus Geschäftsleuten, „Industriekapitänen“ und Personalmanagern aus der Lebensmittel- und

Fischereiindustrie und Vertretern von Personalagenturen. Es gibt keinen Vertreter der arbeitenden Bevölkerung oder der Gewerkschaftsbewegung.

Gail Cartmail, stellvertretende Generalsekretärin von Unite, sagte über den GLAA-Bericht: „Dies muss von der Industrie und der Regierung sorgfältig untersucht werden, da der derzeitige Status quo eindeutig nicht akzeptabel ist. Die Arbeitgeber müssen Arbeitsmethoden reformieren, um sicherzustellen, dass skrupellose Unternehmer die Beschäftigten nicht ausbeuten können und, dass die Regierung Arbeitgeber dazu zwingen sollte, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Unite ist bestrebt, Ausbeutung in jeder Form zu bekämpfen, wann immer sie identifiziert wird. Wir werden unsere Aktivitäten in den kommenden Monaten verstärken und Unternehmen, die eine Nutzung auf ihren Websites zulassen, benennen und öffentlich anklagen. Die Verschwörung der Stille muss aufhören."
Übersetzung: Rolf Gehring, Brüssel

Mieser Arbeitsschutz in der Zementindustrie

Rolf Gehring, Brüssel

Mit dem Zusammenschluss von LaFarge und Holcim fand 2014 eine Elefantenhochzeit unter den Zementherstellern statt. Es taten sich die beiden größten Produzenten der Welt zusammen. In beiden Unternehmen spielte der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung schon davor eine wichtige Rolle, auch auf der europäischen Ebene. Die Branche wartet seit jeher mit hohen Unfallzahlen und einer Vielzahl von Risiken auf. Trotz des Abschlusses von auch europäischen Vereinbarungen zum Arbeitsschutz waren die Geschäftsleitungen immer wieder nicht dazu bereit, Standards weltweit umzusetzen. Nach der Fusion haben die betrieblichen Interessenvertretungen und die beteiligten Gewerkschaften ihre Bemühungen für weltweite Standards intensiviert. Die Probleme mit der Geschäftsleitung blieben, allerdings ist eine weltweite Öffentlichkeit entstanden, die schlechte Arbeitsbedingungen und tödliche Arbeitsunfälle wahrnimmt und skandalisiert. Zur Hauptversammlung am 8. Mai in Dübendorf/Schweiz haben die beteiligten Gewerkschaften IndustriAll International, die Bau und Holzarbeiter Internationale und die Europäische Föderation der Bau- Holzarbeiter mit den betrieblichen Interessenvertretungen ein Flugblatt zur Situation veröffentlicht und an die Teilnehmer der Hauptversammlung verteilt:

https://de.wikipedia.org/wiki/LafargeHolcim

LafargeHolcim Ltd.[1]

LafargeHolcim

Rechtsform	Aktiengesellschaft
ISIN	CH0012214059
Gründung	1912/2001 (Holding)
Sitz	Rapperswil-Jona, Schweiz
Leitung	Jan Jenisch (Vorsitzender der Geschäftsleitung) Beat Hess (VR-Präsident)[2]
Mitarbeiter	90.000 (2016)[3]
Umsatz	26 Mrd. CHF
Branche	Baustoffe
Website	www.lafargeholcim.com

DOK: Allein in den vergangenen zwei Jahren sind mehr als einhundertfünfzig Menschen bei der Arbeit für LafargeHolcim umgekommen

Dieser schreckliche Blutzoll ist nur die Spitze des Eisbergs: Noch viel mehr Menschen sind bei Arbeitsunfällen verletzt worden, und LafargeHolcim setzt viele seiner Beschäftigten gefährlichen Substanzen aus, die schwächende und sogar tödliche Krankheiten verursachen. Am 8. Mai 2018 erinnern wir LafargeHolcim daran, dass der Verwaltungsrat und das Exekutivkomitee am 3. Mai letzten Jahres ihr Wort vor den Aktionärinnen und Aktionären gegeben haben: Ihr Wort, eine globale Rahmenvereinbarung zu unterzeichnen.

Dieses Wort wurde nochmals bekräftigt durch die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding am 12. Juli 2017. Heute verlangen wir, dass die Führungsspitze von LH ihr Wort einlöst:

- Beginnen Sie einen echten Dialog mit den Gewerkschaften, unterzeichnen Sie ein globales Rahmenabkommen zu Arbeitnehmerrechten und ein globales Abkommen über Arbeits- und Gesundheitsschutz als integralen Bestandteil davon.

Arbeitnehmer, insbesondere für Beschäftigte von Subunternehmen und Dienstleistern und beschränken Sie das Outsourcing bei LafargeHolcim wirksam.

- Priorisieren Sie vorbeugenden Gesundheitsschutz gegen Berufskrankheiten, einschließlich Atemwegserkrankungen, die durch Staubbelastung verursacht werden und begrenzen Sie das Maximalgewicht für Heben von Hand auf 25 Kilogramm.
- Respektieren Sie die IAO-Arbeits- und Gesundheitsschutz-Standards und ermöglichen Sie den Gewerkschaften Zugang zu den Arbeitsplätzen und das Recht auf Inspektionen und entsprechende Vorschläge. □

Ergebnis der Schlichtung Bauhauptgewerbe

Berlin. Mit dem bislang bestem Tarifergebnis in diesem Jahr ist am frühen Samstagmorgen (12. Mai 2018) die Schlichtung für die rund 800 000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe beendet worden. Es war bereits die zweite Verhandlungsrunde. Schlichter war der frühere Bundesarbeits- und wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Er präsentierte einen Kompromiss, den die Schlichtungskommissionen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der beiden Arbeitgeberverbände, dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) sowie dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), mehrheitlich annahmen. Nunmehr haben die Tarifvertragsparteien 14 Tage lang Zeit, dem Vorschlag zuzustimmen.

„Es war ein zähes Ringen. Mehrmals standen die Verhandlungen Spitz auf Knopf“, sagte der IG-BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Deutschland verzeichnet ein starkes Wirtschaftswachstum, und die Baubranche nimmt dabei einen Spitzenplatz ein. Entsprechend hoch waren die Erwartungen der Baubeschäftigten an diese Lohnrunde. Jetzt haben wir einen Durchbruch erzielt, wonach ein Facharbeiter ab sofort 1,11 Euro mehr die Stunde bekommt. Pro Monat bedeutet das ein Plus von rund 200 Euro. Das ist bundesweit der höchste Abschluss in diesem Jahr.“

Neben dem Lohn wurden auch die anderen Forderungen der IG BAU geschlichtet. Der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers sagte: „Dieser Schlichterspruch regelt zudem den Stufeneinstieg in ein bundesweites 13. Monatseinkommen ebenso wie die Ausbildungskosten und eine perspektivische Lösung für bezahlte Wegezeiten zu den Baustellen. Ein solches Paket ist keine Selbstverständlichkeit. Die Entschlossenheit der vielen Kolleginnen und Kollegen auf den Baustellen sowie die begeisterte Teilnahme an dem Bau-Protest zur ersten Schlichtungsrunde in Berlin haben ein gutes Stück zum Umdenken der Arbeitgeber beigetragen.

Im Einzelnen stellt sich die Erhöhung wie folgt dar:

Entgelterhöhung inkl. Angleichungsschritte	West	Ost
ab 1. Mai 2018	+5,7 %	+6,6 %
ab 1. Mai 2019		+0,8 %
Einmalzahlungen		
zum 1. November 2018	250 €	
zum 1. Juni 2019	600 €	
zum 1. November 2019	250 €	250 €

Die Einmalzahlungen haben ein Volumen von 2,75 Prozent im Westen und 0,63 Prozent im Osten.

Auszubildende erhalten monatlich in den ersten drei Jahren ihrer Ausbildung im Westen 65 Euro und im Osten 60 Euro mehr Geld und bundesweit ein 13. Monatseinkommen. Für Unterbringungs- und Fahrkosten beim Besuch von Landes- oder Bundesklassen in Berufsschulen gibt es einen Pauschalbetrag in Höhe von 60 Euro. Mittelfristig sollen die Kosten über die Berufsbildungsumlage der Branche erstattet werden.

Hinsichtlich der Wegezeitenbezahlung handelt es sich um Materie des Bundesrahmentarifvertrags (BRTV). Dieser ist nicht gekündigt. Eine Expertenkommission soll nunmehr erarbeiten, welche Änderungen hier notwendig sind, um ihn den modernen Gegebenheiten anzupassen.

Das 13. Monatseinkommen wird in manchen Bundesländern zu 55 Prozent gezahlt, in anderen Ländern nur von der Bauindustrie und in wiederum anderen gar nicht. Diese Zersplitterung soll in mehreren Stufen aufgehoben werden.

Die Einkommenstarifverträge haben eine Laufzeit von 26 Monaten und enden zum 30. April 2020.

http://www.igbau.de/deutschlandweit-hoechstes-lohn-plus-fuer-bauarbeiter.html

Stuttgart, 1.5.2018. Wohnungsnot, kaputte Straßen und Schulen, Lohndumping, Armutsrenten oder ungleiche Bildungschancen – diese Probleme hat die Politik viel zu lange schleifen lassen. Die Bundesregierung muss diese Probleme ganz oben auf ihre Agenda setzen und überzeugende Lösungen liefern, fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Foto und Text: http://www.igbau.de/ig-bau-fordert-von-groszer-koalition-loesungen-fuer-soziale-probleme.html

DOK Blick in die Presse

rosemarie Steffens, Langen

Bauwirtschaft: Tarifverhandlungen durch Schlichter beendet. – PM der Bauindustrie ZDB, Mo., 14.5.18. – U. Nostitz, Verhandlungsführer der Arbeitgeber, zum Schlichtungsergebnis:
„Es waren harte und zähe Verhandlungen, die immer mal am Rande des Scheiterns waren. ... Mit 5,7 % haben wir die absolute Obergrenze dessen erreicht, was unsere Unternehmen zu leisten vermögen. Andererseits bietet die lange Laufzeit von 26 Monaten Unternehmen Planungssicherheit ... Gleichzeitig haben wir im Hinblick auf die Annäherung der Ost- an die Westlöhne ... einen großen Schritt gemacht. Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung gibt es für die Beschäftigten ein 13. Monatseinkommen, das ab 2020 mit 18 GTL (=Gesamttarifstundenlohn), rund 350 Euro gezahlt und in 2021 auf 36 GTL und in 2022 54 GTL erhöht wird. Auch die Auszubildenden bekommen in den ersten drei Lehrjahren mehr Geld sowie ein 13. Monatseinkommen.“ www.Bauindustrie-nrw.de

Tarifliche Mindestlöhne in der Bauwirtschaft sind ein Erfolg. SOKA Bau*, 04/2018. – Dr. T. Middendorf, Leiter Volkswirtschaft/Öffentlichkeitsarbeit : „Ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) (4) kommt zu dem Ergebnis, dass die Einführung der tariflichen Mindestlöhne im Baugewerbe – zu positiven Lohneffekten geführt hat, v. a. in Ostdeutschland, wo viel mehr Beschäftigte Mindestlohn erhalten als in Westdeutschland; – zu keinem signifikanten Beschäftigungseffekt (weder positiv noch negativ) bei deutschen Baubetrieben geführt hat; – nicht zu einer Senkung des Arbeitnehmerschutzes geführt hat; – die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Betriebe als auch die der gesamten Branche nicht verändert hat.
... Die Bau-Branche ist sehr arbeitsintensiv, d. h. die Substitution von Arbeit durch Kapital ist nur schwerlich möglich und es gab bei Einführung der Mindestlöhne einen großen Anteil an ausländischen Betrieben, die den nach Deutschland entsandten Mitarbeitern Niedriglöhne gezahlt haben. In der Folge sind Entsendungen stark zurückgegangen. Der Erfolg eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns kann aus diesen Gründen nur sehr bedingt aus den Erfahrungen in der Bauwirtschaft abgeleitet werden.“

www.soka-bau.de. *SOKA-BAU: Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft /Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG. Zuständig u.a. für Urlaubsverfahren, zusätzliche Altersversorgung und Finanzierung der Berufsausbildung. □

DOK: Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Bunt schlägt braun in Berlin. Unter der originellen Losung „Merkel muss weg" wollte die AfD am 27. Mai mit einer bundesweiten Demonstration in Berlin erstmals nach der Bundestagswahl Stärke demonstrieren. Das misslang. Schon im Vorfeld reduzierte die AfD die Zahl der angekündigten Teilnehmer von 10000 auf 5000, aus einzelnen Landesverbänden flog auf, dass diese Reiseprämien pro Teilnehmer anboten. Am Ende marschierten ca. 5000 Teilnehmer mit fast zwei Stunden Verspätung vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor, angeführt von der kompletten Bundesprominenz der Partei unter fremdenfeindlichen Hetzreden. Vereinzelte Reichskriegsflaggen, unübersehbar im von der Partei verteilten schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer, zeigten den braunen Kern der AfD. Ihnen entgegen trat ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Künstlern, Antifa- und Antira-Gruppen, Ravern, Clubs, die zu vielen bunten, teils partyähnlichen Aktionen für offene Grenzen, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Solidarität eintraten. Laut Polizei beteiligten sich „deutlich über 25000" Menschen.

Rechtes Netzwerk PI News gibt Privatadresse preis. – Vor der Pokalsieg-Feier der Eintracht auf dem Frankfurter Römerberg traf D. Cappelluti, Geschäftsführerin der Frankfurter Grünen, auf A. Gauland, AfD. Sie fordert ihn laut auf, die Altstadt zu verlassen, schließlich feiere hier die Eintracht, die sich klar gegen die AfD positioniert habe. Das Video ihres Auftritts stellte sie auf Facebook. PI News griff den Vorfall auf und veröffentlichte ihre Privatadresse, seitdem bekommt sie Morddrohungen. Der grüne Bundestagsabgeordnete O. Nouripour fordert, das islamophobe Netzwerk staatlich überwachen zu lassen.
FR, 28.5.18

Polizei lässt sich von der AfD nicht vereinnahmen. – Nach der Tötung eines 19-jährigen aus Afghanistan durch einen Polizisten erklärte sich die AfD, Kreis Fulda, solidarisch mit der Polizei. „Die Polizei bleibt unser Freund" lautete der Slogan auf der Kundgebung. Der Pressesprecher der osthessischen Polizei, C. Stahl: „Es mag die Intention der AfD sein, uns zu vereinnahmen, aber es gelingt ihr nicht." Der hessische AfD-Landessprecher R. Lambrou erklärte, viele hessische Polizisten seien Mitglied und wählten AfD. Das Bündnis „Fulda stellt sich quer" beantwortete die AfD-Aktion mit einer Gegenkundgebung mit 400 Teilnehmenden.
Osthessische Zeitung, 30.4.18 □

Rechtspopulismus und AfD: Argumente und Handlungsempfehlungen

Olaf Argens, Schmitten/Hessen

Über den Rechtspopulismus und seine Etablierung in der Partei AfD gibt es viele Untersuchungen und Studien. Eine Übersicht, die immer wieder aktualisiert wird, findet sich in https://filebox.die-linke.de/index.php/s/RWQIdNnGXJnowXw. Die hier skizzenhaft referierten Empfehlungen und Studien der AmadeuAntonio Stiftung, des Progessiven Zentrums und oxiblog sind dieser Übersicht entnommen. Die verschiedenen Ansätze sind ergänzend und nicht kontrovers zu lesen.

Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen". Nachdem sich das politische Gewicht der Rechtspopulisten im Zuge verschiedener Landtagswahlerfolge sprunghaft erhöht hatte, erstellte ein Team von Autorinnen und Autoren für die Amadeu Antonio Stiftung 2016 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf. Die Empfehlungen sind vor allem gedacht für Auseinandersetzungen in Parlamenten und Gemeindevertretungen, in den Medien sowie im pädagogischen und schulischen Bereich.

Die Empfehlungen ordnen die Programmatik und Demagogie der AfD politisch ein und bewerten sie: Da in der deutschen Debattenkultur rassistische Ressentiments und Sexismus sichtbar vorhanden sind, können die Rechtspopulisten an aktuellen und kontrovers diskutierten Themen anknüpfen und die anderen Parteien vor sich hertreiben, ohne dass sie den Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream verlieren. Die AfD orientiert sich an einer strategischen Option des Rechtsextremismus, indem sie sich demokratischer Mittel bedient, um an gesellschaftlichen Debatten teilzunehmen und als legitime Partei unter vielen zu erscheinen. Eine Verortung der Partei als Ganzes innerhalb des politischen Spektrums ist schwierig. Ein Grund dafür ist das länderspezifische Auftreten der AfD. Auch die Landeswahlprogramme enthalten unterschiedliche Schwerpunkte und berücksichtigen regionale Besonderheiten.

Soweit die Forderung nach direkter Demokratie erhoben wird, richtet sich das gegen die Verfahrensweisen liberal-pluralistischer Demokratien. Demokratie ist für die AfD die Herrschaft einer deutsch definierten Mehrheit.

Mit der Anti-Establishment-Haltung wird einer konstruierten Elite ein ebenfalls konstruiertes Volk gegenübergestellt. Der Volksbegriff ist rassistisch, kulturalistisch und nationalistisch geprägt.

Es ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen: Da die Politiker und Politikerinnen der AfD die Gleichheit der Menschen bestreiten, verbietet sich ein Dialog. Man muss ihnen vor allem argumentativ entgegentreten. Das ist arbeitsintensiv. Konflikte sind dabei auszuhalten. Das kann auch bedeuten, das Hausrecht zu gebrauchen und das Einhalten von Regeln durchzusetzen.

Die Auseinandersetzung mit Demagogie erfordert die Kenntnis der Regeln der Demagogie. Den Positionen der AfD muss aus allen anderen Parteien deutlich entgegen getreten werden. Der Versuch durch sprachliches Aufrüsten der AfD das Wählerpotential abzugraben, wird letztlich nur dieser selbst nutzen. Die Rechtspopulisten dürfen nicht als normale Rechtsaußen-Partei akzeptiert werden.

Da die AfD trotz ihrer Radikalisierung heterogen ist, setzt eine erfolgreiche Auseinandersetzung die Kenntnis der Unterschiede voraus. Ein pauschaler Ausschluss der AfD aus dem demokratischen Diskurs ist nicht möglich und kann auch nicht das Ziel sein.

Die historische Zäsur verstehen". Thomas Falkner und Horst Kahrs haben für oxiblog (https://oxiblog.de) zahlreiche jüngere Studien zum Aufstieg der AfD untersucht und dazu einen Literaturbericht erstellt. Danach liegt der Etablierung des Rechtspopulismus als Partei ein längerfristiger Prozess gesellschaftlicher Veränderungen zugrunde. Es existieren zentrale ungelöste gesellschaftliche Probleme und Konflikte. Damit verbunden ist eine Delegitimierung politischer Institutionen und Eliten – einschließlich der Linkspartei.

Die Veränderungen, auf die sich die Autoren beziehen, haben zur Folge, dass sich Erwartungen, Zusagen und Wertefundamente als brüchig und nicht mehr haltbar erwiesen. Parteipolitisch führten sie zur Gründung der PDS/Die Linke und eben der AfD, da hier eine offen aufbrechende Vertretungslücke entstanden war.

Mitzudenken ist ferner eine Veränderung der Architektur der gesellschaftlichen Kultur: In der alten Bundesrepublik existierte ein mittiger, integrationsfähiger, pluralistischer, hegemonialer Block. Nach 1990 wandelte sich diese Architektur: Es entstand eine kulturelle und politische Gegenströmung gegen eine pauschale Abwertung des in der DDR gelebten Lebens, insbesondere von alltagswirksamen Werten wie Solidarität und sozialer Verantwortung. Auf der anderen Seite gab es eine aufbrechende Debatte über die Nation und nationale Zusammengehörig-

keit, die Tabuzonen nach rechts aufbrach. Die Westbindung war nicht mehr defensiv und disziplinierend. Die immer dominanter auftretende Bundesrepublik betrieb eine Expansion des eigenen Modells nach Osten.

Im Zuge eines sich verschärfenden Standortwettbewerbs begann die Legitimation des weiter existierenden hegemonialen Blocks zu erodieren. Seine Basis wurde deutlich schmaler und die Integrationskraft sank.

Die hier nur angerissenen Entwicklungen gehören zum Nährboden politischer Veränderungen und Umbrüche, die den Rechtspopulismus begünstigten. Die Flüchtlingsbewegung war also nicht die Ursache, sondern eher Auslöser und Beschleuniger. In diesem Prozess waren in einer ersten Etappe bereits gesellschaftliche Biotope entstanden, in denen sich sozial-ökonomische Abgehängtheit, Abkoppelung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie Akzeptanz und Deutungsmacht rechtsradikaler Positionen miteinander verbanden. Bereits die statistisch auffälligen Stärken in der Anhängerschaft verweisen auf eine Vielschichtigkeit miteinander verwobener Ebenen der Motiv- und Handlungsfelder. Als verbindende Faktoren erscheinen vor allem gemeinsame Erlebniswelten und ihre Verarbeitung: Zurücksetzung, Ressentiment, Kontrollverlust, Zorn …

Angesichts der empirischen Befunde erscheinen viele Deutungen als verkürzt: So die Bewertung als völkisch-nationaler Kraft. Die AfD ist auch nicht nur rechtspolitische Protestpartei der sozial-kulturell „Abgehängten“, sondern auch politische Manifestation eines heimatlos gewordenen wert- und nationalkonservativen Milieus. Die Wahlerfolge sind auch nicht allein als Folge erlittener Verluste und Zurücksetzungen zu begreifen, sondern ebenfalls als Ausdruck der Ansicht, dass es in Zukunft nicht besser werden wird.

Für die beiden Autoren steht die Konfliktlinie Skeptiker und Befürworter von Modernisierungsprozessen im Zentrum. Dabei geht es weniger um die soziale Lage als um Erwartungen. Die Konfliktlinie unterscheidet zwar die AfD von den anderen Parteien, durchläuft diese allerdings ebenfalls.

Rückkehr zu den politisch Verlassenen“. Die Studie, die Johannes Hillje im Auftrag des Progressiven Zentrums (www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen) und dem französischen Partner Liegey Muller Pons erstellt hat, beruht auf Haustürgesprächen, die nach den letzten Bundestagswahlen und den Präsidentschaftswahlen in strukturschwachen Gebieten in Deutschland und Frankreich geführt wurden. Hillje wollte Menschen zu Wort kommen lassen, über die in den öffentlichen Debatten viel gesprochen wird, die sich aber selten selbst äußern können. Es wurden nicht gezielt Wähler der AfD oder des Front National befragt. Die Fragen waren offen formuliert. Es ging um eine Bewertung der eigenen Lage und die Sicht auf das Lebensumfeld und das Land.

Die wesentlichen Aussagen der Studie sind folgende: Zwischen der Strukturschwäche des Gebiets und den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten besteht nicht unbedingt ein kausaler Zusammenhang. Das Verhältnis ist besser mit Häufigkeit beschrieben.

Als Grund für den Unmut und die Zukunftsängsten der befragten Menschen ist nicht Fremdenfeindlichkeit, sondern die Herausforderungen des Alltags unter schwierigen sozialpolitischen Bedingungen zu nennen. Es besteht eine auffällige Diskrepanz zwischen dem, was als größtes Problem des Landes („Migration“) herausgestellt wird und der Beschreibung eigener Alltagserfahrungen. Die Abwertung Anderer, insbesondere von Migranten, wird als Folge eigener Abwertungserfahrungen charakterisiert. Das Muster ist nicht eine verinnerlichte Fremdenfeindlichkeit.

Die Schlagworte der Rechtspopulisten spielten in den Gesprächen eher eine untergeordnete Rolle. So wurde Europa eher als Teil einer Lösung, nicht als Problem gesehen. Forderungen nach einem nationalistischen Kurs (Deutschland zuerst) beruhten häufig auf dem Gefühl, dass politische Prioritäten falsch gesetzt würden. Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen und außenpolitisches Engagement wurden nicht grundsätzlich als falsch bewertet. Das Problem entsteht, wenn Anstrengungen und Investitionen vor Ort ausbleiben.

„Das Volk“ und Politiker von AfD und FN wurden eher selten als Problemlöser angesehen. Auch wurden Wahlversprechen nicht hoch bewertet, Eher ging es um Verbesserungen „Schritt für Schritt“.

Für Hillje ergeben sich aus den Gesprächen folgende Handlungsempfehlungen: Eine nach außen offene und solidarische Gesellschaft muss nach innen gefestigt und genauso solidarisch sein. Die Sozial- und Infrastruktur ist zu stärken. Strukturwandel ist gesellschaftlich verträglich zu gestalten. Die Parteien müssen sich vor Ort nützlich machen. □

Bundesparteitag der Linken 8./10 Juni 2018. Änderungs- / Ergänzungsantrag aus BaWü, Vorbemerkung

Christoph Cornides, Mannheim. Aus der Beratung des Landesausschusses („kleiner Parteitag“) Baden-Württemberg der Partei die Linke ist ein Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundesparteitag entstanden: „ Gegen die autoritäre Wende des Staates – für die Verteidigung und den Ausbau von BürgeInnenrechten“. Seit längerem gibt es immer wieder Diskussionen im Landesverband über die Vernachlässigung des Themenbereichs „Repression, Abbau von Bürgerrechten und Ausbau von Überwachung und autoritären Strukturen“ durch die Partei die Linke. Der Bedeutung dieser Themen für die Politik der Linken hat die letzte Tagung des Landesausschusses Nachdruck verliehen. Von Tobias Pflüger als stellvertretendem Mitglied des Parteivorstandes und Heike Hänsel als stellvertretendem Mitglied des Fraktionsvorstandes der Bundestagsfraktion wurde die notwendige kurzfristige Bearbeitung eines solchen Antrages aufgegriffen.

Der Antrag wird eingebracht und vertreten durch: David Schecher (Die Linke Tübingen), Kreismitgliederversammlung Die Linke Tübingen, Tobias Pflüger (Die Linke Freiburg), Christoph Cornides (Die Linke Mannheim), Heike Hänsel (Die Linke Tübingen).

DOK: Gegen die autoritäre Wende des Staates – für die Verteidigung und den Ausbau von Bürger_innenrechten

Wir kämpfen gegen die autoritäre Wende des Staates und für die Verteidigung und den Ausbau von Bürgerrechten. Gemeinsam mit Aktivisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Antirepressionsinitiativen, Geflüchteten, Illegalisierten und den Tausenden von Bürgern, die auf der Straße für ihre eigenen Freiheits- und Bürgerrechte protestieren werden wir bei allen zukünftigen Gesetzesverschärfungen und Einschränkungen dieser, den Finger in die Wunde legen und gemeinsam dagegen aktiv werden. Wir üben Solidarität mit von polizeilicher und staatlicher Repression Betroffenen und setzen uns aktiv für die Wahrung ihrer Rechte ein. Gemeinsam mit den zahlreichen Akteuren wollen wir der zunehmenden Kriminalisierung demokratischen Protests, der zunehmenden Gewalt durch Repressionsorgane, den bereits beschlossenen und kommenden Gesetzesverschärfungen sowie der ▷

zunehmenden Entwertung bürgerlicher Grundrechte auf der Straße und in den Parlamenten entgegentreten. In einer Reihe von Bundesländern wurden oder werden noch restriktive Polizeigesetze beschlossen. Die Proteste gegen das bayrische Polizeigesetz sind für uns symbolhaft für den Protest gegen die Aushöhlung demokratischer Grundrechte, wir begrüßen diesen und freuen uns sehr über dieses deutliche Zeichen der Zivilgesellschaft. Vor allem Proteste gegen den G-20-Gipfel in Hamburg aber auch Proteste gegen Rechts waren in der Vergangenheit massiver Repression ausgesetzt, das darf nicht so weitergehen. Darüber hinaus werden wir uns auch weiterhin für die Einrichtung polizeiunabhängiger Beschwerde- und Ermittlungsstellen sowie die Auflösung der undemokratischen und sich parlamentarischer Kontrolle entziehenden Geheimdienste einsetzen.

Begründung: Sicherlich gibt es noch viele weitere Themenbereiche, deren explizite Erwähnung im Leitantrag sich Genoss_innen wünschen würden. Bei dem Obigen handelt es sich jedoch um einen für den Antrag selbst zentralen, denn zum einen wird im Antrag selbst immer wieder Bezug auf Freiheits- und Bürgerrechte genommen, ohne dass dieser im Inhalt des Antrags so wichtig Punkt noch einmal als zentrales Kampffeld benannt wird. Zum anderen ist die Gewährung der Bürger_innenrechte, die Wahrung der Versammlungsfreiheit sowie der Kampf gegen staatliche Repression die zentrale Grundlage für die Möglichkeiten und Wirkmächtigkeit von Bewegungen und Protest. Die jüngsten Proteste gegen das bayrische Landespolizeiaufgabengesetz haben eindrucksvoll die riesige Relevanz des Themas für das gesamte politische Spektrum, mit Ausnahme der konservativen und/oder rassistischen Rechten gezeigt. 7000 Demonstrierende waren erwartet worden auf der zentralen Gegendemonstration, 40 000 (Veranstalter_innenangaben) kamen. Noch am Tag der Verabschiedung des Gesetzes traten Schüler_innen und Studierende in den Bildungsstreik. Gleichzeitig soll dieses Gesetz gemäß Presseberichten die Grundlage für ein Musterpolizeigesetz des Bundes werden. Aber es ist nicht nur eine neue Polizeigesetzgebung, welche eine Bedrohung für die demokratischen Grundrechte und die Versammlungsfreiheit sind. Während des G20-Gipfels in Hamburg setzte sich die Polizei direkt über Gerichtsurteile hinweg und ignorierte Rechtsstaat und Gewaltenteilung ohne Konsequenzen. Die medial und juristisch folgende Hexenjagd war ein radikaler Angriff auf Grundrechte und führte bis hin zum Versuch von Kollektivstrafen, bei welchen bereits die Teilnahme an einer Demonstration, auch bei einem durchgängigen individuell friedlichen Verhalten, strafbar sein sollte. Während der Proteste gegen den AfD-Parteitag brachen Polizeibeamte einem Protestierenden ein Bein. Zunehmend werden auch selbst angemeldete Demonstrationen und Proteste mit Geldstrafen belegt. Auch Mittel des zivilen Ungehorsams werden immer härter bestraft, geltende Bundesverfassungsgerichtsurteile werden dabei ignoriert. Bei einfachen Sitzblockaden oder auch nur rhetorischer Gegenwehr bei Abschiebungen werden Protestierende, wie in Nürnberg, mit Verfahren überzogen. Demonstrierende werden in Teilen bereits auf den Weg zu Protestveranstaltung in Massen an einer Teilnahme gehindert und auch ganzen Organisationen, wie z.B. Nav-Dem, das Recht Demonstrationen und Versammlungen anzumelden abgesxistenzverbote betreffen hier vor allem „ausländische“ Organisationen, werden aber auch wie im Fall von linksunten für fragwürdige Rechtskonstruktionen eingesetzt. Eine autoritäre Wende des Staates ist nicht im Entstehen, sie hat schon längst begonnen und nimmt nur noch weiter an Schärfe zu. Für eine linke Partei, welche zudem einen besonderen Fokus auf Bewegungen setzt, ist es unumgänglich, diesen gesellschaftlichen Kampf zu einem zentralen Aktionsfeld der eigenen Bemühungen zu machen. □

München, 10. Mai, Demonstration gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz. Foto: Johannes Kakoures., aus MitLinks Nr. 64, Juni 2018, https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/fileadmin/srmuenchen/mitlinks/2014-2020/20180605_mitLinks-64.pdf

„Neue Zeiten, neue Antworten“

Bündnis90/Die Grünen haben einen neuen Programmprozess begonnen

Dr. Harald Pätzolt, Berlin, Mai 2018

Ablauf der Programmdebatte

Am 13./14.4.2018 haben die Grünen mit einem Startkonvent eine Programmdebatte eröffnet, die bis zum Frühjahr 2020 zu einem neuen Grundsatzprogramm führen soll. Im Herbst 2018 soll es auf der Bundesdelegiertenkonferenz eine programmatische Debatte geben, danach wird eine Schreibgruppe die Arbeit aufnehmen, die dann im Frühjahr 2019 einen ersten Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes vorlegen soll. Es wird ein Jahr der Arbeit daran folgen. Dabei werden Mitglieder nach ihren Prioritäten für die Debatte befragt, Online-Beteiligungsformate genutzt und Regionalforen in Landes- und Kreisverbänden durchgeführt werden. Das soll bis zur BDK im Frühjahr 2020 laufen, auf der, pünktlich zum 40. Geburtstag der Partei, das neue Programm dann beschlossen werden soll.

Das aktuelle Grundsatzprogramm der Grünen „Die Zukunft ist grün“ ist, 2002 beschlossen, in die Jahre gekommen. Zum Vergleich: Das der Linken stammt von 2011, die von CDU, CSU und SPD von 2007, die FDP legte sich 2012 zuletzt programmatisch fest.

Es sei, so die Grünen „In dieser Zeit… viel geschehen, die Welt hat sich weiter gedreht. Neue Technologien sind entstanden, neue Fragen stellen sich. Darauf wollen wir grüne Antworten geben.“

Themenbereiche der Programmdebatte

Entsprechend der Beschlüsse des Bundesvorstandes vom 6.4.2018 und des Länderrates vom 14.4.2018 soll die Debatte zu sechs Themenbereichen eröffnet werden:

1. Der Mensch in der vom Mensch gemachten Umwelt: Neue Fragen der Ökologie
2. Der Mensch als Kapital oder das Kapital für die Menschen: Neue Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik
3. Der Mensch und die Maschine oder der Mensch als Maschine: Neue Fragen in der Digitalisierung
4. Der Mensch und das Leben: Neue Fragen in der Wissensgesellschaft und Bioethik
5. Der Mensch in einer Welt in Unordnung: Neue Fragen für Europa, die Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik
6. Der Mensch und der Mensch und der Mensch: Neue Fragen einer vielfältigen Gesellschaft

Die Grünen 4.0?

Robert Habeck lieferte in seinem Buch „Wer wagt, beginnt. Die Politik und ich“ (S. 26f.) mit seinem Entwicklungsstufenmodell der Partei eine Art Entstehungs- und Entwicklungsmythos: Entstanden seien die Grünen (1) als eine Protestpartei, die dann (2) danach eine „Rot-Grüne Projektpartei“ wurde, um heute (3) eine Existenz als „Spagat-Partei“ führt, die je nach Wahlergebnis und Verhandlungserfolg Koalitionen mit der CDU oder der Linken eingeht.

Mit dem Programmprozess soll nun die 4. Entwicklungsstufe soll eingeleitet werden: „Seit 2005 regieren wir in den Ländern in verschiedenen Bündnissen, und waren im Bund in der Opposition. Es war, wenn wir ehrlich sind, eine Zeit wie ein Spagat, in der wir gelernt haben, aus uns selbst heraus stark zu sein. Aber im Spagat kommt man nicht voran. Und angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft und in unserem Parteiensystem, angesichts eines erstarkenden Rechtsnationalismus reicht ein Spagat für uns als Partei nicht mehr aus.“

Die die Grünen im letzten Bundestagswahlkampf auszeichnende Geschlossenheit soll so eine programmatische Basis bekommen. Aber das ist nicht alles. Wer Neues will, dass wissen Habeck & Co., der muss einen Strich ziehen unter das Gewesene, es dabei nicht verdammen, sondern ein positives Resümee ziehen. Und die neue Grünen-Führung will mehr. In den Milieus, in denen die Grünen heute stark sind, wählen Viele noch nicht grün, sondern SPD, FDP und auch Die Linke. Und die Milieus suchen nach guten politischen Adressen für ihre Wünsche und Interessen. Grün will breiter werden, will wachsen. Darum der Neubeginn.

Es ist bereits bemerkt und kommentiert worden, dass mit dem Generationenwechsel auch ein Stilwechsel bei den Grünen einhergeht. Die Sprache weniger politisch korrekt, dafür ungenauer, unschärfer die Begriffe, Vergleiche und Bilder lassen Spielräume für Interpretationen. Die Menschen sollen individuell angesprochen werden; Ziel ist ein kulturelles Crossover, positiv und ohne oberlehrerhafte Attitüde.

Erste inhaltliche Positionsbestimmungen

Beim Thema Ökologie klingt nicht Skepsis, aber doch Ernüchterung an. Man komme zu langsam voran. Alte Groß-Gewissheiten der Art, dass ohne Wachstum alles gut würde, werden, nachdenklich, mit Fragezeichen versehen, als unbedingt notwendig Erkanntes entschlossen, kämpferisch unterstrichen: Ein neues Welthandelssystem, Strukturwandelfonds, eine ökologische Steuerreform usw.

INFO Beschlüsse und Texte zum Programmprozess der Grünen

„Neue Zeiten. Neue Antworten.“ Impulspapier des Bundesvorstandes zum Startkonvent für die Grundsatzprogrammdebatte von Bündnis 90/Die Grünen. **Beschluss des Bundesvorstands vom 6.4.2018** URL: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse_BuVo/20180406_Beschluss_Neue_Zeiten._Neue_Antworten..pdf

„Neue Zeiten. Neue Antworten.“ Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm. **Beschluss des Länderrates vom 14.4.2018** URL: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse_Laenderrat/GA-01_Beschluss_Neue_Zeiten__Neue_Antworten_Der_Weg_zum_neuen_Grundsatzprogramm_.pdf

Berichterstattung der Grünen zum Programmprozess URL: https://www.gruene.de/ueber-uns/2018/grundsatz-wird-programm.html

Robert Habeck: **„Wer wagt, beginnt. Die Politik und ich“.** Kiepenheuer, Köln, 2016

Jürgen Trittin: **„Der progressive Pol werden – 10 Thesen für Linke in Mitte“** vom 18.3.2018, veröffentlicht am 26.3.2018 URL: https://www.trittin.de/2018/03/26/der-progressive-pol-werden-10-thesen-fuer-linke-in-mitte/

Antje Vollmer/Ludger Volmer: **„Die Grünen? Sie sind kraftlos und mutlos“.** Berliner Zeitung vom 12.04.2018 URL: https://www.berliner-zeitung.de/politik/meinung/gastbeitrag-die-gruenen--sie-sind-kraftlos-und-mutlos-30008570

Das Muster widerholt sich bei den anderen Themen. Ruhig, sachlich und sehr nüchtern wird konstatiert, dass die Regeln der sozialen Marktwirtschaft von der Globalisierung außer Kraft gesetzt werden. Es wird die Frage gestellt, welche neuen Institutionen aber dann als Fundament einer neuen Gemeinschaftlichkeit geschaffen werden sollten. Wie soll mit öffentlichen Gütern einer alternden Einwanderungsgesellschaft künftig umgegangen werden? Entschieden werden Garantiesicherungen für alle Menschen gefordert, ohne die geht es nicht. Solidarität, Daseinsvorsorge und Allgemeinwohl, ja, der Begriff, vor Jahrzehnten abgelegt, kehrt zurück, sind künftig nur zu haben, wenn politische Macht, demokratisch genommen, stärker wird als es neue und alte Monopole sein werden.

Beim Thema Digitalisierung singen die Grünen weder das Loblied der schönen neuen Roboterwelt noch lassen sie allzu düstere Wolken über uns erscheinen. Es soll die Verantwortung dem Menschen bleiben, die Selbstbestimmung auch. Und ganz konkret verlangen die Grünen umgehende Aufwertung des Pflegeberufs, ordentliche Löhne. Wer Mensch-zu-Mensch-Beziehungen nicht menschlich regelt, der sollte über Mensch-Maschine-Beziehungen keine Verfügung bekommen. Es soll darüber diskutiert werden, ob „ob der effizientere Pflegeroboter mit seiner kalten Hand wirklich unserer Oma über die Wange streichen dürfen soll“.

Auf diese Art und Weise geht es dann auch durch die Themen der Wissenschaftsgesellschaft, der Welt-Unordnung und der pluralen, offenen Gesellschaft hindurch. Natürlich, möchte ich meinen, werden hier eben bestimmte Milieus angesprochen, die sogen. Kosmopoliten, die Modernisierungsbefürworter. Und ja, es kommen die Alltagssorgen und -nöte der kleinen Leute, kommt Armut in concreto nicht vor. Sicher, es werden Macht- und Eigentumsfragen nicht so gestellt, wie sie wohl aus unserer linken Sicht zwingend zu stellen wären. Und wie linke Grüne es auch weiterhin tun.

Linke bei den Grünen nicht mehr Flügel, sondern relevante Minderheit? Debatten im Umfeld Antje Vollmer und Ludger Volmer sehen die Grünen „kraft- und mutlos“. Sie attestierten ihrer Partei, dass ihre „einstigen Grundwerte zerbröselt, abgeschliffen und einige ganz verschwunden sind“. Eine „Neuformierung“ der Linken sei notwendig, da die „alten Modelle niemand mehr retten“ und „viele Grüne aus den Gründerjahren sich heute politisch heimatlos fühlen“.

Jürgen Trittin sieht in seinen zehn Thesen, er hatte sie bei einem Treffen linker Grünen vier Wochen vor dem Startkonvent vorgestellt, „die größte Baustelle dieser Gesellschaft“ im Thema der Gleichheit. „Der Kampf für mehr Gleichheit muss die Antwort auf eine Gesellschaft wachsender Ungleichheit, Ausgrenzung und Prekarisierung sein.“ Rechte Mehrheiten beruhen für ihn auf der „Ausgrenzung und Demobilisierung bestimmter Bevölkerungsschichten“. Daher ginge es darum, „die Demobilisierten wieder zu mobilisieren“, um mittelfristig zu einer „machtpolitischen Alternative links der Mitte“ zu kommen.

Diese Positionen finden sich in den bisher vorliegenden Beschlüssen so nicht, es könnte darum in der Programmdebatte auch gehen.

Fazit

Werden die Grünen sich also neu erfinden? Es bleibt abzuwarten. Das Parteiensystem ist instabil, die Umbrüche in der Gesellschaft, hier, in Europa und weltweit, sind epochal, es gibt viel neu zu bedenken.

Auch die SPD ist programmatisch auf der Suche, will sich erneuern, die Union ist im Kulturkampf und schließlich ist die AfD immer noch ein „gäriger Haufen“.

Für Die Linke sollte der alte Spruch gelten: Willst Du nicht wie ein Stein untergehen, dann fang an zu schwimmen!

□

10. OKTOBER
1903
GROSSBRITANNIEN

Gründung der WSPU – Die soziale und politische Union der britischen Frauen

Bill Lawrence, Newcastle Upon Tyne

In Großbritannien war 1903 der Schrei „Votes for Women“ (Wahlrecht für Frauen) unüberhörbar geworden, und auf dem Labour-Parteitag im Jahr davor hatte Emmeline Pankhurst für heftige Kontroversen gesorgt, als sie vorschlug: „Um die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen zu verbessern, ist es notwendig, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewährung des Wahlrechts für Frauen zu den gleichen Bedingungen wie für Männer sicherzustellen.“ Der Parteitag akzeptierte dies nicht, stattdessen wurde eine Resolution, die ein „Erwachsenenwahlrecht“ forderte, zur Parteipolitik.

Pankhurst wurde für ihre Ansichten heftig angegriffen. Sie verließ nach ihrer Niederlage die Labour Party und gründete die „Women‘s Social and Political Union“ (WSPU), deren Hauptziel es war, arbeitende Frauen zum Kampf für das Wahlrecht zu bewegen. Sie beschloss, die Mitgliedschaft auf Frauen zu beschränken und gab den Leitspruch aus: „Taten, nicht Worte sollten unser ständiges Motto sein.“

Die Gründung der WSPU hat nicht nur die Labour Party erschüttert, damals die einzige Partei, die das allgemeine Wahlrecht unterstützte, sondern auch die National Union of Women‘s Suffrage Societies (NUWSS). Diese hatte bereits im Jahr 1897 17 Frauengruppen vereinigt, die sich um die Frage des Stimmrechts herum gegründet hatten und sich daher „Suffragettes“ (Wahlstimmen) nannten. Einige waren schon lange in dieser Sache aktiv, hatten schon die Abstimmung gefordert, bevor das Parlament 1870 das erste Frauenwahlrecht überhaupt einmal diskutiert hatte.

Emmeline Pankhurst war 1872 zur Kampagne gekommen, als sie sich als 14-jährige Schülerin mit ihrer Mutter einer Suffragette-Kundgebung in Manchester anschloss. In der neu gegründeten WSPU kamen nun auch ihre eigenen Töchter Christabel, Sylvia und Adele hinzu. Frauen aus wohlhabenden und angesehenen Familien stießen zur Bewegung. Darunter war z.B. auch Octavia Wilberforce, Urenkelin von William Wilberforce: sie hatte die Kampagne zur Beendigung der Sklaverei im britischen Empire angeführt.

An der WSPU kam von allen Seiten Kritik, denn viele sahen sie als eine Gruppe, die das Wahlrecht nur für wohlhabende Frauen durchsetzen würde, während die große Gruppe von Frauen, die nicht wohlhabend waren, sondern arbeiteten oder sich sonst durchs Leben schlagen mussten, ohne Wahlrecht bleiben sollten. Es war tatsächlich eine Schwäche der WSPU, dass sie nur wenige Arbeiterinnen in ihrer Mitgliedschaft hatte.

Eine dieser wenigen war Annie Kenney, die im Alter von zehn Jahren begonnen hatte, in einer Baumwollfabrik in Oldham bei Manchester zu arbeiten. Zum Lesen ermutigt durch ihre Mutter, entwickelte sie als Teenager ein starkes Interesse an der Literatur. Inspiriert von radikalen Zeitschriften trat sie der Independent Labour Party (ILP) – die Unabhängige Partei der Arbeit – bei und hörte gemeinsam mit ihrer Schwester Jessie 1905 bei einem ILP-Treffen Christabel Pankhurst über Frauenrechte sprechen. Sie war so beeindruckt, dass sie der WSPU beitrat.

Als die WSPU eine Niederlassung im Londoner East End – in den Docklands – eröffnete, verließ Annie die Fabrik im Norden des Landes und arbeitete zusammen mit Sylvia Pankhurst für die Organisation.

Elizabeth Crawford, Autorin der „Geschichte der Suffragetten-Bewegung“ – The Suffragette Movement (1999) schreibt über Annie: „Mit 21 Jahren war sie die jüngste Organisatorin der WSPU und organisierte Treffen, Werbekampagnen, Störungen von Kabinettssitzungen und – im Laufe der Zeit – auch militante Aktionen.“

Am 13. Oktober 1905 nahmen Annie Kenney und Christabel Pankhurst an einem Treffen zur Anhörung eines Regierungsministers teil. Während er sprach, riefen die beiden Frauen ständig: „Wird die Regierung den Frauen eine Stimme geben?“ Als die Frauen sich weigerten, mit dem Skandieren aufzuhören, wurde die Polizei gerufen, um sie aus der Versammlung zu entfernen. Kenney und Pankhurst weigerten sich zu gehen und während des Kampfes behauptete ein Polizist, die beiden Frauen hätten ihn getreten und bespuckt. Sie wurden verhaftet und wegen Körperverletzung angeklagt. Annie und Christabel wurden der Körperverletzung für schuldig befunden und mit einer Geldstrafe von je fünf Schilling belegt. Als die Frauen sich weigerten, die Strafe zu zahlen, wurden sie ins Gefängnis gesteckt. Der Fall schockierte die Nation. Zum ersten Mal in Großbritannien hatten Frauen mit Gewalt versucht, das Wahlrecht durchzusetzen.

Im Mai 1906 führte Annie, verkleidet als stereotypes Fabrikmädchen in Holzschuhen und mit Umschlagtuch, eine Gruppe von Frauen ins Haus des Schatzkanzlers. Nachdem sie ununterbrochen geklingelt hatte, wurde sie verhaftet und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kenney sollte in den nächsten sechs Jahren mehrmals ins Gefängnis gehen.

Als Christabel Pankhurst 1912, um der Verhaftung zu entgehen, nach Frankreich floh, wurde Annie die Leitung der WSPU in London übertragen. Jede Woche reiste Annie nach Paris, um Christabels neueste Anweisungen entgegenzunehmen – welcher Organisator sollte wo

Film: „Suffragetten – Taten statt Worte“ brachte die britische Regisseurin Sarah Gavron 2015 in die Kinos

Eva Detscher, Karlsruhe

Eindrücklich zeigt er den gesellschaftlichen Rahmen für Frauen aus unterschiedlichen Schichten. Es war die Frage des Wahlrechts, die die Initialzündung für den Weg zur Gleichberechtigung hergab. Der Film ist um die Geschichte der Wäscherin Maud Watts aufgebaut. Sie kommt, weil sie als Zeugin vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagt, ins Gefängnis und schließt sich gegen den Willen ihres Ehemanns der Frauenrechtsbewegung an. Das erfordert große Opfer. Im Film kommen die weithin bekannten Akteurinnen – siehe die beiden Artikel auf diesen Seiten – im Kontext vor. Fokus ist allerdings auf den vielen, denen die Versagung von Würde, Selbstbestimmung und Gleichheit vor dem Recht lange genug gedauert hat. Der Film sympathisiert und trägt zum Verständnis aus der Zeit heraus bei.

Von **www.suffragette-film.de/home/** kann Material auch z.B. für die Befassung im Unterricht heruntergeladen werden. **Lohnenswert.**

Links: Plakat für die Wochenzeitung „Suffragette“, 1912 . Künstler: Hilda Dallas. Museum of London/Heritage Images/Getty Images

1903 – Mary Macarthur & die Gründung von Frauengewerkschaften

Bill Lawrence, Newcastle

Die erste Frauengewerkschaft in Großbritannien wurde 1875 gegründet und brachte Schneider, Polsterer, Buchbinder, Tabak-, Marmeladen- und Pökelarbeiter, Schreibkräfte und Verkäuferinnen zusammen. Im späten 19. Jahrhundert konzentrierte sich die Gewerkschaftsbewegung auf die Bedürfnisse und Sorgen der männlichen Arbeitnehmer. Versuche von Frauen, sich kollektive zu organisieren, wurden als ernsthafte Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt angesehen.

Auf dem Gewerkschaftskongress (TUC) 1875 forderte ein Gewerkschaftsfunktionär die Delegierten auf, „dafür zu sorgen, dass Frauen in ihrer eigenen Sphäre zu Hause sind, anstatt in die Konkurrenz um den Lebensunterhalt gegen die großen und starken Männer der Welt hineingezogen zu werden."

Es war die Werkstattarbeit, die Mary Macarthur zur Suffragette und Gewerkschafterin machte. Als Tochter eines schottischen Tuchhändlers wurde sie geschickt, um die örtlichen Gewerkschaftstreffen der Ladenarbeiter auszuspionieren, aber nachdem sie 1901 von deren erbärmlicher Notlage gehört hatte, schloss sie sich dem Kampf um kürzere Arbeitszeiten und bessere Bezahlung an. Dies sollte zur Rolle ihres Lebens werden.

Zuerst wurde sie Vorsitzende der örtlichen Ladenarbeitergruppe und engagierte sich in sozialistischen Gruppen, was zum Bruch mit ihrem Vater, einem überzeugten Konservativen, führte. Sie wurde von Margaret Bondfield, der stellvertretenden Generalsekretärin der Gewerkschaft der Ladenarbeiter (die später die erste Ministerin einer britischen Regierung wurde) ermutigt, an der nationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen. 1902 wurde Mary Macarthur in den nationalen Vorstand gewählt.

Mary zog 1903 nach London und wurde Sekretärin der Women's Trades Union League: Diese Union vereinte sowohl Gewerkschaften, denen nur aus Frauen verschiedener Berufe angehörten, als auch solche mit gemischter Mitgliedschaft. Die widersprüchlichen Ziele von Aktivisten, welche sich unterschiedlichen Klassen und Organisationen zurechneten, verhinderte einen Beitritt zum TUC.

Um dieses Problem zu lösen, gründete Macarthur 1906 die National Federation of Women Workers (NFWWW) als allgemeine Gewerkschaft, „offen für alle Frauen in nicht-organisierten Berufen oder die nicht in ihre entsprechende Gewerkschaft aufgenommen wurden".

Sie war 1906 an der Gründung der „Anti-Sweating-League" – übersetzt ungefähr: eine Liga gegen schweißtreibende Arbeit. Dies betraf annähernd ungefähr 2 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter. Im folgenden Jahr gründete sie die „Women Worker" – Frauen als Arbeiter -, eine Zeitung für Gewerkschafterinnen. (Sie wollte schon immer Vollzeitschriftstellerin werden, zunächst als Redakteurin eines Schulmagazins. Nach ihrer Schulzeit in Glasgow studierte sie in Deutschland, bevor sie als Buchhalterin ihres Vaters zurückkehrte.)

1910 gewannen die Kettenmacherinnen in den westlichen Midlands ‚Black Country' nach einem zehnwöchigen Streik unter der Führung von Macarthur einen berühmten Sieg für faire Löhne.

Während des Ersten Weltkrieges 1914 bis 18 florierte die NFWW vor allem in der Munitions-, Fertigungs- und Transportindustrie. Ein Streit zwischen 8 000 Munitionsarbeitern in Newcastle brachte sie 1916 in Konflikt mit Winston Churchill, dem damaligen Munitionsminister. Es ging darum, dass sich das Unternehmen nicht an einen Gerichtsbeschluss zur Erhöhung der Löhne der Frauen hielt. Die Frauen inszenierten ein „Sit-in" an den Maschinen und strickten Socken und andere nützliche Sachen für die Soldaten an der Front.

Eines Morgens wurde Macarthur von einem wütenden Churchill angerufen, der sie fragte, ob ihr klar wäre, was sie eigentlich tue, indem sie den Frauen erlaube, ihre Arbeit niederzulegen. Sie antwortete, dass sie geduldig auf die Löhne gewartet hätten, die sie drei Monate zuvor hätten erhalten sollen. Sie hatte den Arbeiterinnen nicht geraten, die Arbeit einzustellen, und sie sagte Churchill, dass sie ihnen jetzt ebenfalls nicht raten würde, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis das Unternehmen nicht alles bezahlt habe.

Es dauerte weitere 24 Stunden – die Frauen saßen strickend da -, bis die Firma bezahlte – jetzt von Churchill dazu angewiesen.

Wie andere Suffragetten kandidierte Macarthur bei den Parlamentswahlen 1919 – die erste Wahl, bei der Frauen wählen konnten. Sie unterlag wie viele andere, die sich dem Krieg widersetzt hatten.

Macarthur starb 1921, aber ihr Vermächtnis lebt weiter durch die vom TUC verwalteten Stipendiengelder und einen nach ihr benannten Bildungsfonds, „um die Bildungschancen berufstätiger Frauen zu fördern".

Übersetzung: Eva Detscher, Karlsruhe

---

platziert werden, Rundschreiben, Fundraising, Lobbying-Abgeordnete usw. Es war der Beginn einer mehr als zwei Jahre währenden Mantel-und-Degen-Existenz. Freitags nahm Anni in abenteuerlicher Verkleidung das Boot nach Le Havre, während der Woche arbeitete Annie den ganzen Tag im Hauptquartier der Gewerkschaft und traf dann um Mitternacht Aktivisten in ihrer Wohnung, um über illegale Aktionen zu sprechen. Christabel hatte die Eskalation der militanten Aktionen angeordnet, einschließlich der Verbrennung leerer Häuser, und es fiel Annie zu, diese Überfälle zu organisieren. 1912 begann die WSPU eine Kampagne zur Zerstörung des Inhalts von Briefkästen. Bis Dezember – so meldete die die Regierung – seien über 5 000 Briefe von der WSPU beschädigt worden. Die WSPU startete auch eine weitere Brandstiftungskampagne. Sie versuchten die Häuser von zwei Regierungsmitgliedern niederzubrennen, die sich gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen hatten.

Annie Kenney wurde im April 1913 wegen „Aufruhrs" angeklagt, für schuldig befunden und zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Annie ging sofort in den Hungerstreik.

Der Ausbruch des Großen Krieges 1914 beendete die militante Kampagne der WSPU. Emmeline Pankhurst verkündete, dass alle Kämpfer „für ihr Land kämpfen müssten wie sie für das Wahlrecht gekämpft hatten". Sie führte eine Rekrutierungskampagne unter Männern durch. Dieser autokratische Schritt wurde von vielen Mitgliedern nicht verstanden oder sogar verurteilt. Sie waren durchaus bereit, Anweisungen für den Kampf um das Wahlrecht entgegenzunehmen und auch auszuführen, aber sie waren nicht damit einverstanden, auf Befehl in einem Weltkrieg mitzumischen.

Nach der Verabschiedung des Qualification of Women Act 1918, der einigen Frauen erstmals das Wahlrecht einräumte, unterstützte Annie Kenney Christabel Pankhurst in ihrem Wahlkampf in Smethwick, Birmingham. Trotz der Tatsache, dass der Kandidat der Konservativen Partei seinen Rücktritt erklärte, verlor Christabel den direkten Kampf mit dem Vertreter der Labour Party.

Übersetzung Eva Detscher, Karlsruhe.

Inhalt

Aktuelles 2
US-Import-Sonderzölle – EU klagt bei der WTO • EGÖD verklagt EU-Kommission • Brexit: Es gibt kaum Bereiche, die nicht betroffen sind • Bayerischer Kreuzerlass

Krise in Italien: Eine Situation, wie es sie noch nie gegeben hat 3

Wahlen in der Türkei: Das Ergebnis der HDP entscheidet 5

Solidarische Einwanderungsgesellschaft – Linke, praktische Diskussionsprozesse organisieren 5

Aktionen – Initiativen 8
Pro Asyl: Mängel beim Bamf? • Ankerzentren stoppen! • Niedersächsischer Flüchtlingsrat: Der eigentliche Bamf-Skandal • Falsche Asylbescheide durch das Bamf • „Bamf-Untersuchungsausschuss kein geeignetes Mittel der Aufklärung"

Nein zum neuen Bayerischen Polizeiaufgabengesetz 10

NRW: Protestbündnis ruft zu Widerstand gegen das geplante Polizeigesetz auf 11

Kommunale Politik 12
Kennzeichnungspflicht für Polizei stärkt den Rechtsstaat: Hamburg • G20-Fahndung: Polizei Hamburg setzt schlechte Maßstäbe • Die Linke lehnt Videoüberwachung in Nierstein ab • Polizeiverordnung darf sich nicht verschärfen: Chemnitz • Kein Einsatz von Elektroschockern! Offenbach • Unzulässige Zuverlässigkeitsüberprüfung: Frankfurt a.M. • Gesetzentwurf der Volksinitiative für mehr Videoüberwachung unzulässig: Berlin • Pilotprojekt mit Elektroschockwaffen ist lebensgefährlich: Bremerhaven • Nein zu dem neuen Landespolizeigesetz: Essen • Wegen Anti-IS-Fahne: Polizeiübergriffe auf 1. Mai-Demo des DGB. Hannover
Die Linke schneidet bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein recht gut ab

EU-Bau Tarifbewegungen 14
Finnland: Streik im Baugewerbe • Niederländische Bauarbeiter haben einen neuen Tarifvertrag • Bausektor Lettland: Anteil informeller Lohnzahlung geschätzte 24,4%

Bauarbeitermigration und Gangmasters in Großbritannien 15

Zemtenindustrie; Mieser Arbeitsschutz 16

Ergebnis der Schlichtung Bauhauptgewerbe 17

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten 18
Rechtspopulismus und AfD: Argumente und Handlungsempfehlungen

Bundesparteitag der Linken, Antrag: Gegen die autoritäre Wende des Staates 19

„Neue Zeiten, neue Antworten" 20

Kalenderblatt, 1903, Großbritannien Gründung der WSPU – Die soziale und politische Union der britischen Frauen 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in fünf Wochen am 12. Juli 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 6. Juli. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt, 8. Nov., 6. Dez.

Kundgebung vor dem Stadthaus in Hamburg am 2.5.2018. **Kontakt:** Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus, Zeißstraße 28, 22765 Hamburg.

Shopping in der Zentrale des Nazi-Terrors

Edda und Helmut Lechner, Norderstedt

Hamburg. Mitten in der Hamburger Innenstadt zwischen Alster und Hafen befindet sich seit 1888 der ehemalige Sitz der Hamburger Verwaltung, der in der Nazizeit von 1933 bis 1943 für die Ordnungspolizei, die Gestapo und weitere Polizeidienststellen des Dritten Reiches genutzt wurde. Hier war für Hamburg und weite Teile Norddeutschlands die Zentrale des Nazi-Terrors und von hier wurden die Polizeibataillone aus Hamburg, Bremen und Lübeck für den Einsatz im Vernichtungskrieg organisiert und eingesetzt. Hier wurden die Deportationen der Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma geplant und vorbereitet. Hier wurden unzählige mutige Menschen, die sich der Nazi-Herrschaft entgegenstellten, brutal gefoltert. Hier begann der Leidensweg zahlreicher politischer GegnerInnen, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen und der als Asoziale Stigmatisierten in die Konzentrationslager.

In Hamburg entsteht in diesem Gebäude, wo sich einst Hamburgs NS-Terror-Zentrale befand, der wohl luxuriöseste Konsumtempel der Stadt, der unter dem Motto „Hommage an das Leben" vermarktet wird.

Nachdem in den letzten dreißig Jahren in größeren Städten wie Münster, Nürnberg, Köln, Düsseldorf, München und Berlin in ähnlichen Gebäuden des organisierten Nazi-Terrors angemessene Dokumentations- und Erinnerungsorte geschaffen wurden, stellte der Hamburger Senat erst im Jahr 2009 fest, welch große Bedeutung dieses Gebäudeensemble an der Stadthausbrücke für die Gedenkstättentopografie der Stadt hat. Jetzt sollte auch hier „ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg" eingerichtet werden. Bedauerlicherweise haben die politisch Verantwortlichen dabei aber durch den Verkauf des Gebäudes an den Immobilieninvestor Quantum jeglichen Gestaltungsanspruch für einen würdigen Gedenkort aus der Hand gegeben. Dieser musste sich im Kaufvertrag lediglich dazu verpflichteten, hier auf einer Ausstellungsfläche von etwa 750 qm einen „Lernort mit unterschiedlichen Inhalten" zu realisieren.

Wer jetzt diesen Ort und seine Ladenfläche betritt, findet sich in einer Buchhandlung mit angeschlossenem Café und einer 70 qm großen „Gedenk-Ecke" wieder. Diese reicht gerade mal für 40 Stühle und hat eine Ausstellungsfläche von gerade mal 13 Meter an der Wand entlang. Wie sollen hier die verschiedenen Aspekte der Verfolgung angemessen dargestellt und darüber hinaus ein würdiges Gedenken an den Hamburger Widerstand ermöglicht werden!? Daraufhin gründeten empörte BürgerInnen Hamburgs die „Initiative Gedenkort Stadthaus", unterstützt von zahlreichen antifaschistischen und linken Institutionen, Parteien und der Kirche, sowie von bekannten Hamburger Prominenten wie etwa: dem Schauspieler Rolf Becker und dem Initiator der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" Hannes Heer. Zurzeit wird regelmäßig jeden Freitag eine Mahnwache am Stadthaus abgehalten und am 2. Mai dieses Jahres fand hier eine vom „Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus" organisierte Kundgebung mit vielen internationalen Gästen statt. Neben Esther Bejarano berichteten Kinder und Enkel der hier ehemals Inhaftierten aus Holland und London von den Verfolgungen und Folterungen ihrer Familienangehörigen. „Konsum statt Gedenken? Jamais – niemals!" Danach konnten die Beteiligten um 19 Uhr in der „Brückenarkade" das Oratorium „Tenebrae" (d.h. Finsternis) nach einer Idee von Michael Batz anhören. Es waren beeindruckende Texte zu den bestialischen Folterungen der Gestapo und dem mutigen Widerstand der Verfolgten in den Kellerräumen dieses Hauses.

Das zeigte offensichtlich Wirkung. Seither gibt es ernstzunehmende Bemühungen der Hamburger Kulturbehörde, einen erweiterten „Gedenkort" im öffentlichen Raum vor dem „Geschichtsort neben der Buchhandlung" zu schaffen. Die Forderung nach einer deutlichen Markierung im öffentlichen Raum in Form eines Kunstwerkes oder einer auffälligen Installation wurde von offizieller Stelle wieder aufgegriffen.

Linke Schule der ArGe – Termin: 9. bis 11. August – Erfurt – Ausführliches Programm nächste Ausgabe – Stand der Vorbereitung: www.linkekritik.de – dort auch Org-Details. Bitte unbedingt bis 22. Juli anmelden bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-3 98 0805.